

dene grosse Vollversammlungen einberufen, um zu beraten, wie die Schliessung doch noch verhindert werden könnte....

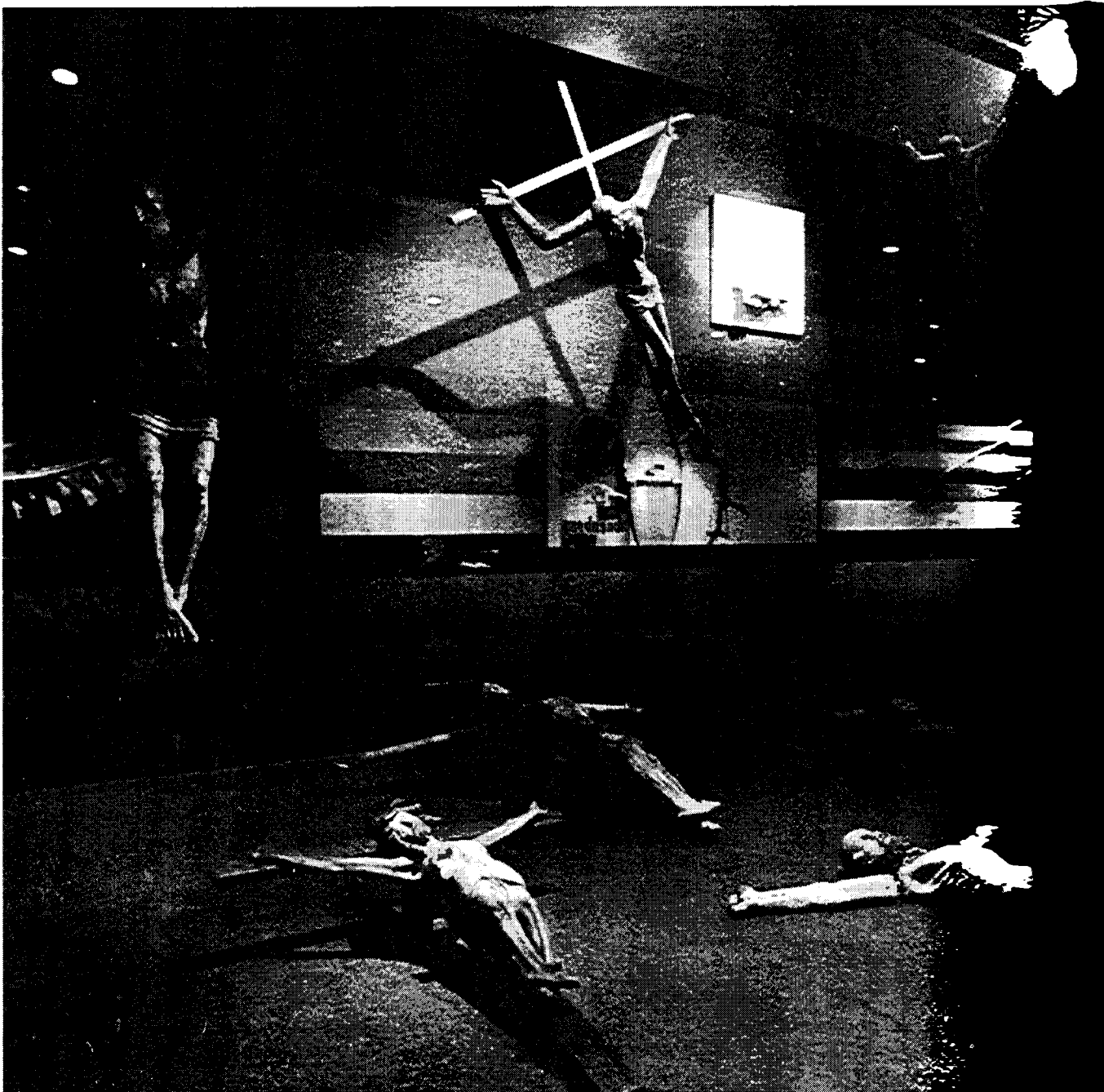
**9.12.91** Die LehrerInnen der Schulhäuser Aemtler A und B im Kreis 3 wehren sich gegen die vom Stadtrat geplante Notschlafstelle in der angrenzenden Zivilschutzanlage. Dort soll eine Uebergangshilfestation für auswärtige DrogenkonsumentInnen eingerichtet werden. Die LehrerInnen sind nicht grundsätzlich gegen dieses Vorhaben, sehen aber nicht ein, warum eine solche Station gerade neben zwei

Schulhäusern geplant ist. Mann/Frau habe in ihrem Schulkreis schon genug Probleme mit gewalttätigen Kindern und Jugendlichen, die zu einem grossen Teil aus zerrütteten Familien kämen. Die geplante Uebergangsstation würde nach Ansicht der LehrerInnen noch weitere Probleme bringen.

**Das Barometer sinkt. Es ist kalt in Zürich.**

**Die verschärfte Repressionspolitik gegenüber DrogenkonsumentInnen auf**

Foto: Katrin Götsch



dem Platzspitz zeigt die zu erwartenden Konsequenzen. Seit dem 4. Dezember ist die Polizei, so der Chef der städtischen Betäubungsmittelgruppe, A. Grob, im Fünferturnus rund um die Uhr auf dem Platzspitz und um das Shop-Ville tätig. Der Erfolg des Konzepts sei für ihn offen-

Foto: Katrin Götsch



sichtlich: "Die Szene lässt sich bewegen".

Für die Leute auf der Gasse bedeutet dieser "Erfolg" Stress und Nervosität bei der Stoffbeschaffung. Der Gesundheitszustand vieler Leute verschlechtert sich unter diesen Bedingungen massiv. Die Dealer lassen sich nur noch selten auf dem Platzspitz blicken. Die Plätze, an denen der Drogendeal abgewickelt wird, ändern dauernd. Erste "Nebenszenen" entstehen zum Beispiel hinter dem Globus-Areal im Gebiet zwischen Sihlporte/Urania-/Löwenstrasse und dem Schanzengraben oder auf der Zöllbrücke seitlich des Hauptbahnhofs im Kreis 5. Grob dazu: "Wir werden jede Kleinszene verhindern". Der Preis für das Heroin ist durch die Repressionspolitik im Vergleich zum Spätsommer wieder deutlich angestiegen, was den Stress der KonsumentInnen multipliziert. Auch die Obdachlosen, die im Shop-Ville übernachten, bekommen einen Vorgeschmack auf die geplante Schliessung. Täglich um 19 Uhr streifen zivile und uniformierte Polizisten durch den Bahnhofuntergrund und weisen alle Obdachlosen weg. Diese kommen, da sie ohnehin keine Uebernachtungsalternative haben, nach kurzer Zeit zurück und das entwürdigende Vertreibungsspiel der Polizei beginnt wieder von vorne, die ganze Nacht lang. A. Grob meint dazu, das gehöre zum Konzept und zu den flankierenden Massnahmen. Man wolle hinsichtlich der Schliessung jetzt schon eingreifen, indem man "echli tuet stööre". Aus dem Polizistenjargon übersetzt heisst das, dass die Obdachlosen von der Polizei massiv schikaniert werden. Sämtliche Institutionen mit Ueberlebenshilfeangeboten oder Entzugsmöglichkeiten sind völlig überlastet. Insbesondere in den Tagesstrukturen des



Sozialamtes, den K&A's, hat der Andrang massiv zugenommen. Der Alltag dort ist aber äusserst gewalttätig, weil die Dealer, angesichts der Polizeipräsenz auf dem Platzspitz, versuchen ihre Ware dort an die KonsumentInnen zu bringen.

**10.12.91** Pfarrer Sieber, frischgebackener Nationalrat, macht die Wasserkirche für eine Woche zur Notschlafstelle. Diese von den Medien gut aufgenommene Aktion, sehen Pfarrer Sieber und sein Team als Ueberbrückungsmassnahme bis zur Eröffnung des Zivilschutzbunkers an der Saumstrasse am 17. Dezember und helfen so mit, die Shop-Ville-Schliessung reibungslos erfolgen zu lassen.

**11.12.91** Der Gemeinderat befürwortet einen Versuch mit ärztlich kontrollierter Abgabe von harten Drogen. Ein entsprechendes Postulat aus der SP wurde unter Namensaufruf mit 85 zu 21 Stimmen überwiesen. In diesem Vorstoss geht es weder um die Liberalisierung, noch um die Freigabe von harten Drogen. Es handelt sich im Grunde um einen wissenschaftlichen Versuch. Die Versuchsjunkies, die den Stoff bekommen, sind in erster Linie Datenlieferanten. Ziel der wissenschaftlichen Begleitung ist es, die Auswirkungen des Versuchs auf Gesundheit und Kriminalität in Erfahrung zu bringen. Doch bis es nur schon zu diesem Versuch kommt, wird noch viel Wasser die Limmat runterfliessen. Stadtrat W.Nigg zeigte in der Gemeinderatsitzung die Grenzen auf: Zuerst müsse der Bundesrat die Richtlinien für solche Versuche bekannt geben, und die seien frühestens im Frühling 92 zu erwarten. Nigg hofft weiter auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Kanton, insbesondere wegen den Finanzen.

In der gleichen Sitzung kritisieren Katharina Prelicz-Huber (GP) und Esther Maurer (SP) die Schliessung des Lila-Busses. Die AL/FraP-Fraktion verlässt gar den Gemeinderat aus "Solidarität mit den Vertriebenen und Ausgestossenen dieser Stadt", (KanzlistInnen inbegriffen).

**In der zweiten Hälfte des Dezembers dominierte in Sachen Drogenpolitik ein Thema insbesondere die Zürcher Medien. Die Uebergangsstation für auswärtige DrogenkonsumentInnen an der Saum-**

**strasse im Kreis 3. Noch viel vehementer als im Kreis 8 gegen den Lila-Bus läuft die Bevölkerung im Kreis 3 Sturm gegen die geplante Notschlafstelle. Doch kann der aufkommende Protest nicht in einen Topf geworfen werden.**

**11.12.91** Ein Teil der betroffenen BewohnerInnen aus dem Quartier kritisieren grundsätzlich die verfehlte Drogenpolitik des Zürcher Stadtrates, und fordern im Speziellen eine Reduktion der Bettenzahl im Zivilschutzbunker von 40 auf 20. Doch ist diese Fraktion von Anfang an in der Minderheit. Die Mehrheit der Quartierbevölkerung steigert sich im Laufe der folgenden Tage in eine regelrechte Progromstimmung gegen die DrogenkonsumentInnen, die nach den Weisungen des Stadtrates jeden Tag vom Platzspitz in die Uebergangsstation eingewiesen werden sollen. Diese Leute fordern z.T. vehement die Schliessung des Platzspitzes, sind aber nicht bereit in ihrem Quartier die Folgen dieses Schrittes mitzutragen. Am Abend des 11.12. versammeln sich spontan 200 AnwohnerInnen in der Quartierbeiz Aemtlershalle. Der Hauptkritikpunkt an dieser ersten Versammlung ist die Nähe der geplanten Notschlafstelle zu den Schulhäusern Aemtlers A und B. Für die meisten der Anwesenden stellt diese örtliche Nähe ein inakzeptables Risiko für die 300 SchülerInnen dar. Angst vor Dealern, herumliegenden Spritzen, vor Gewalt. Andres Oehler, Informationsbeauftragter der Drogendelegation des Stadtrates, der an der Versammlung anwesend war, versuchte die Position des Stadtrates zu erläutern und versprach, dass die Uebergangsstation spätestens am 11. April wieder aufgelöst werde. Hohngelächter der Versammlung. Ueberdies versprach er, die Polizei würde alles tun, um die Sicherheit im Quartier zu gewährleisten. Doch ihm wurde auch bei diesem Votum kein Wort geglaubt: "Die kommen sowieso nie, wenn man sie ruft". Abschliessend werden zwei Resolutionen verabschiedet. Die eine fordert die gleichmässige Verteilung der DrogenkonsumentInnen auf alle Stadtkreise und die frühzeitige Information der Quartierbevölkerung. In einer weiteren Resolution wird der 24-Stunden-Betrieb abgelehnt und eine Reduktion der Bettenzahl von 40 auf 20 verlangt. Beide Resolutionen fordern die Liberalisierung

des Drogenkonsums, Fixerräume und die kontrollierte Drogenabgabe an Süchtige. Die Resolutionen wurden von 213 Personen unterschrieben.

Für den Betrieb der Uebergangsstation sucht der Stadtrat freiwillige HelferInnen. Vor dieser Anfrage an die Oeffentlichkeit hatte der Stadtrat Zivilschützer angefragt, die aber für diesen Job nicht zu erwärmen waren.

## Freiwillige gesucht

Für den Betrieb der Übergangsstation für auswärtige Drogenabhängige im Kreis 3 sucht der Stadtrat freiwillige Helferinnen und Helfer. Gesucht werden insbesondere angehende und ausgebildete Ärztinnen und Ärzte «sowie andere Personen mit Erfahrung und Freude an der Betreuung Obdachloser und Kranker», wie die Drogendelegation des Stadtrates in einer Pressemitteilung schreibt. Die freiwilligen Helfer müssen sich mindestens für zehn Tage verpflichten und werden mit 25 Franken pro Stunde entlohnt. Interessierte können sich beim Amt für Zivilschutz, Telefon 201 73 16, melden. Wie dem TA bekannt wurde, hatte der Stadtrat zuvor 40 Zivilschützer angefragt, doch nur Absagen erhalten. (dd.)

TagesAnzeiger 12.12.91

Gemeinderat von Zürich

6. Dezember 1991

### FRAKTIONSERKLÄRUNG DER GRUENEN PARTEI

Absatz 4 der drogenpolitischen Grundsätze des Stadtrates vom 18. Juli 90: "Drogenabhängige gehören zu unserer Gesellschaft, auch wenn ihr Verhalten unter den geltenden gesetzlichen Bestimmungen immer wieder Rechte und Gefühle anderer Menschen beeinträchtigt."

In den überarbeiteten Grundsätze vom 30. Oktober 91 fehlt dieser Absatz. Im Vordergrund stehen die Sicherheitsbedürfnisse und Gefühle der nicht-suchtmittelabhängigen Menschen.

Aus dem Stadtratstelex vom 27. November 91 entnehmen wir, dass sich die Stadt um Unterstützung durch den Zivilschutz bemüht.

Der Zivilschutz ist Teil der Gesamtverteidigung. Diese definiert sich wie folgt: "Gesamtverteidigung ist die Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel, um uns gegen Bedrohung jeder Art behaupten und im Notfall überleben zu können."

Wie kann sich eine Haltung derart ändern, dass süchtige Menschen nicht mehr zu unserer Gesellschaft gehören, sondern als Bedrohung, gegen die es sich zu wehren und zu verteidigen gilt, wahrgenommen werden?

Es wäre nichts gegen Freiwilligenhilfe einzuwenden, wäre diese zivilrechtlich organisiert. Zivilschutzhilfe aber ist aufgebaut auf einem militärischen Denken, das nur Argwohn, Feinde, Gefahren und Verteidigung kennt.

Nur noch StadtzürcherInnen sollen ab Januar 92 Zugang zu Einrichtungen der Ueberlebenshilfe haben. Um diese Massnahme durchsetzen zu können, wird ein Ausweis ausgestellt - in brauner Farbe.

Schon einmal wurden Menschen gekennzeichnet, wurde ihnen ein Stempel verpasst - spielte die braune Farbe eine wichtige Rolle.

Das Drogenproblem ist ein grosses, momentan nicht lösbares Problem mit traurigen Auswirkungen. Wir müssten uns eigentlich eingestehen, wie hilflos wir sind, als PolitikerInnen, als Behörden, als Soziantätige, als BürgerInnen.

Aber statt sich dieser Hilflosigkeit bewusst zu werden, sie öffentlich zu machen und sich daraus die Zeit zu nehmen, um nach echten Lösungen zu suchen, wird vom Stadtrat, vom Polizeiamt, vom Sozialamt gehandelt. Wird immer repressiver gehandelt, um der eigenen Hilflosigkeit etwas entgegenzusetzen zu können, um drohenden Stimmen gerecht zu werden. Doch wann haben repressive Handlungen geholfen, ein Problem wirklich zu lösen?

Wo sind wir in dieser Stadt gelandet?

Wir sind fassungslos und appellieren an den Stadtrat, sich Zeit zu nehmen und dieses Szenario noch einmal zu überdenken.

**12.12.91** Die SVP droht der Stadt Zürich mit einer Strafanlage, falls die kontrollierte Heroinabgabe eingeführt wird, wie es der Gemeinderat diese Woche beschlossen hat.

**12.12.91** Innerhalb eines Tages haben sich 250 Personen zur freiwilligen Arbeit in der Uebergangsstation Saumstrasse gemeldet. Für 25.- Stundenlohn wollen diese Leute ab dem 17. Dezember bis Mitte April die DrogenkonsumentInnen, die in den Zivilschutzbunker unter der Aemlerwiese eingewiesen werden, betreuen. 79% der Freiwilligen sind Frauen. Meistgenanntes Motiv der Freiwilligen "spontan helfen". BewerberInnen können sich telefonisch beim Zivilschutz anmelden. Dieser übernimmt auch die Selektion und organisiert dazu einen Einführungskurs.

**12.12.91** Der Widerstand gegen die geplante Uebergangsstation an der Saumstrasse

wächst weiter. Im Kirchgemeindehaus Wiedikon organisieren der Quartierverein Fritschi und der AnwohnerInnenverein Berta eine Orientierung. 500 Personen waren anwesend. Die eingeladene Drogendelegation des Stadtrates und Schulvorstand Wagner erscheinen nicht an der Veranstaltung und verweisen auf ihre am 16.12. vorgesehene Orientierung. Die Kritik ist die gleiche, wie an der ersten Versammlung. Es kommt klar zum Ausdruck, dass der Stadtrat bei der Quartierbevölkerung in der Drogenpolitik jegliche Glaubwürdigkeit verspielt hat. Anwesend an der Veranstaltung waren auch VertreterInnen der ZAGJP, welche eine Reduktion der "gigantischen Notschlafstelle" forderten, aber gleichzeitig den Apell an die Versammelten richteten, ihren Zorn über die momentane Situation nicht an den betroffenen DrogenkonsumentInnen auszulassen. Im Falle, dass die Stadt an ihrem Konzept festhalte, wurde ein Streik der Schulhäuser Aemler A und B angekündigt.

**Pressemittellung zur geplanten Notbettenstation für Drogensüchtige an der Saumstrasse, Kreis 3**

Als Bewohner/innen des Kreis 3 und Direktbetroffene sind wir von der kurzfristigen Bekanntgabe des Stadtrates von Zürich über die Errichtung einer Übergangsstelle für Drogensüchtige an der Saumstrasse bestürzt. Empört sind wir über die Art und Weise, wie der Stadtrat in Sachen Platzspitz "handelt", ohne mit der Interessengemeinschaft Private Drogenhilfe (IGPD) eine Absprache über den Ersatz des Platzspitzes zu treffen. Somit wird einmal mehr in der Zürcher Drogenpolitik in einer Hauruckaktion konzeptlos und kurzsichtig "Ersatz" geschaffen, ohne dem Problem auf den Grund zu gehen.

Für uns steht fest, dass mit dem vorliegenden Konzept einer Übergangsstelle mit einem 24 Stundenbetrieb eine Verlagerung der Drogenszene in den Kreis 3 erfolgen wird. Dass dies in unmittelbarer Nähe zweier grosser Schulhäuser und Kindergarten und eines Hortes geschehen soll, mutet nur noch zynisch an. Wir sind entsetzt darüber, dass notleidende Menschen ausgerechnet in der Weihnachtszeit polizeilich vertrieben werden. Das Drogenproblem kann unserer Meinung nach nicht durch Ausgrenzung, sondern nur durch mitmenschliche Haltung gelöst werden.

Wir sind bereit, verbunden mit folgendem Massnahmenkatalog zur Lösung dieses gesellschaftlichen Problems beizutragen:

- 1) Kein 24-Stunden Betrieb an der Saumstrasse und in der Zivilschutzanlage unter der Aemlerwiese.
- 2) Reduktion des vorgesehenen Betriebs auf eine Notschlafstelle während den Wintermonaten für Drogensüchtige, unabhängig von ihrer Gemeindegemeinschaft, unter Beibehaltung der betroffenen Anwohner- und Lehrerschaft.
- 3) Reduktion der 40 Betten auf 20, im Rahmen der übrigen Notschlafstellen (ausgebildetes Personal, kein Hilfspersonal, Zivilschützer u.ä.)
- 4) Für die Bereitstellung von Wohnraum schlagen wir eine kurzfristige Umwandlung von leerstehendem Gewerberaum in der City für Obdachlose und Drogensüchtige vor.
- 6) Liberalisierung des Drogenkonsums, insbesondere die Einrichtung von Fixerräumen und kontrollierte Drogenabgabe, um der Kriminalisierung der Konsument/-innen entgegenzuwirken. Im weiteren unterstützen wir die Forderungen der in der IGPD zusammengeschlossenen Fachorganisationen.
- 7) Wir verlangen eine sofortige Orientierung der Direktbetroffenen Bevölkerung durch den Stadtrat in der geplanten Anlage.

**AnwohnerInnenverein Berta, Postfach, 8036 Zürich  
weitere Auskünfte: Telefon 291 62 02**

**13.12.91** Die K&A an der Selnastrasse wird voraussichtlich bis nach dem anstehenden Wochenende geschlossen. Grund sind wieder die in die K&A eindringenden Dealer und die von ihnen ausgehenden Gewalttätigkeiten.

**14.12.91** Nach den MitarbeiterInnen privater Hilfseinrichtungen haben nun auch jene der städtischen Institutionen beschlossen, die geplanten Ausweiskontrollen für DrogenkonsumentInnen nicht durchzuführen. Dies gab der Verband des Personals der öffentlichen Dienste (VPOD) bekannt. Die vorgesehenen Zulassungsbeschränkungen für Stadtzürcher Sozialeinrichtungen geraten so mehr und mehr unter Beschuss.

**16.12.91** SchülerInnenstreik gegen Uebergangsstation an der Saumstrasse. Rund 300 Primar- und OberstufenschülerInnen geben so ihrer Angst und dem Unmut und der Kritik ihrer Eltern Ausdruck. Der Streik wird von der LehrerInnenschaft und der Schulleitung toleriert und unterstützt. Transparente werden ausgerollt: "Wir wollen keinen Saumspitz; Wir wollen einen Spielplatz, keinen Platzspitz". Die Befürchtung der SchülerInnen ist, dass hier ein neuer Drogenumschlagplatz entsteht.

Die Anlage mit 40 Betten im Zivilschutzbunker ist fertig eingerichtet. Zwei Schlafräume, ein Sanitätszimmer und ein Aufenthaltsraum mit Festwirtschaftsbänken und -tischen. Für die BenützerInnen gibt es zwischen 21 und 22 Uhr eine Fahrgelegenheit vom Taro zur Saumstrasse und am Morgen gehts wieder zurück zum Stress auf der Gasse in der City. Bis Mitte Januar soll die Einrichtung wie eine normale Notschlafstelle funktionieren, dann wird auf 24 Stundenbetrieb umgestellt. Zu diesem Zeitpunkt soll an der Saumstrasse auch eine soziale Vermittlungsstelle eingerichtet werden, die abklären wird, wie auswärtige DrogenkonsumentInnen an ihren Heimatort zurückgeschafft werden können.

Gleichen Tags am Abend stellt sich die Drogen-delegation des Stadtrates in der Herz Jesu Kirche in Wiedikon 600 aufgebrachten QuartierbewohnerInnen und verteidigt die Uebergangsstation, die am folgenden Tag eröffnet werden wird.

**16.12.91** Die städtischen Hilfseinrichtungen sollen nur noch für DrogenkonsumentInnen mit Wohnsitz in Zürich offenstehen, so das drogenpolitische Konzept des Stadtrates. Jetzt kommt es zum offenen Konflikt zwischen dem Personal der städtischen Notschlafstellen und dem Fürsorge- bzw. Sozialamt als Arbeitgebe-

rin. In einer vom VPOD einberufenen Pressekonferenz geben VertreterInnen des Personals bekannt, dass sie sich weigern werden, die vom Stadtrat angeordneten Ausweiskontrollen durchzuführen und nichtstädtische BenützerInnen abzuweisen. Diese Weigerung wird von sämtlichen 50 MitarbeiterInnen der städtischen Notschlafstellen unterstützt. Obdachlosen aufgrund ihrer Herkunft eine Schlafgelegenheit zu verweigern, erachten sie als bürokratische Schikane und nichtvereinbar mit den Grundsätzen der Sozialarbeit.

**17.12.91** Die Interessengemeinschaft Kanzlei (IGK) veranstaltet eine Pressekonferenz und schlägt FDP-Stadtrat Thomi Wagner als Schirmherr für das Kanzlei nach der verlorenen Abstimmung vor. Die IGK hofft so, das Kanzlei "aus dem Parteiengezänk herauszunehmen" und einer sinnvollen Nutzung zuzuführen. Beim Schulhausgebäude muss so oder so nicht mehr viel diskutiert werden, da die Marschrichtung klar Richtung sofortiger Schulnutzung geht. Erhalten möchte die IGK insbesondere die Turnhalle die zum "Sporteln" nicht mehr gebraucht werden kann, da sie erst vor kurzem endgültig für kulturelle Veranstaltungen umgebaut worden war. Die Veranstaltungen in der Halle sollen bis Ende Jahr weitergeführt werden. Für zukünftige Entwicklungen übernimmt der Verein Kanzleiturnhalle keine Verantwortung. Auf eine Stimmrechtsbeschwerde hat die IGK verzichtet. Für den 31.

Dezember wird eine breit abgestützte Demonstration angekündigt, um die Forderung nach Kultur- und Begegnungsraum in Zürich Nachdruck zu verschaffen. An der Medienorientierung wurde auch mitgeteilt, dass für all die Projekte und Vereine, die im Kanzlei ihre Räume haben, nach der Schliessung keine Alternativen in Sicht seien.

**17.12.91** Die Uebergangsstation im Zivilschutzbunker an der Saumstrasse wird eröffnet. Ueber 300 Leute blockieren am Abend den Eingang zur Notschlafstelle, warten auf die Busse, die aus der City die Junkies herschaffen, hier in ihre Nachbarschaft. Die Leute sind hässig, aggressiv. Die lassen wir nicht hinein. Die haben hier nichts verloren. Eine unwillige Kundgebung, uniformierte Polizisten sind aber keine zu sehen. Die Emotionen, die Wut der vergangenen Woche an den Versammlungen der QuartierbewohnerInnen, am SchülerInnenstreik vom Vortag hatte sich zu einem grossen Teil gegen den Stadtrat, dessen Hauruckpolitik gerichtet. Doch die Regierung hält trotz dem Protest der Quartierbevöl-

kerung an ihrem Konzept fest, hat sich nach einem kurzen Ausflug an die Front am vergangenen Abend wieder ins sichere Stadthaus zurückgezogen. Jetzt kommen die Junkies, kaputt und krank vom permanenten Stress auf der Gasse, die perfekten Sündenböcke für aktionsgeile, volkszornige Dummköpfe. Das Warten auf Schuldige. Der SchülerInnenstreik ist auch am Tage der Eröffnung weitergeführt worden. Am Nachmittag formierten sich die SchülerInnen zu einer Demo und ziehen vor das Stadthaus, wo sie ein Gespräch mit Stadtpräsident Estermann fordern. Dieses wird ihnen auch gewährt und während 45 Minuten spricht Estermann ihnen ins Gewissen.

**18.12.91** Stadtratssitzung und die ordentliche Pressekonferenz danach. Jetzt werden vom Stadtrat die klaren Termine für das Ende des Kanzleizentrums durchgegeben. Am 2. Januar, genau um 16 Uhr soll der Betrieb des Kultur- und Begegnungszentrums eingestellt werden, bis am 6. Januar abends muss gezügelt sein. Ab dem 7. Januar untersteht das Kanzleischulhaus, die Turnhalle und das Areal nicht mehr wie bis anhin der Präsidialabteilung, sondern geht in die Verantwortlichkeit des Schulamtes über. Die Restbestände des Kanzleizentrums werden sein: Die zwei Kindergärten im Schulhaus, das Sofacinéma Xenix, das weiterhin bei der Präsidialabteilung bleibt und für das eine neue Weisung ausgearbeitet wird. Weiter das Frauenkino Xenia und die Spielbaracke, die dem Sozialamt untersteht. Im Schulhaus werden ab Januar drei Schulklassen jugoslawischer Kinder die Schulbank drücken. Thomi Wagners Vorschlag für die Nutzung der Turnhalle: Übungs- und Ausbildungsraum für die Jugendmusikschule und für Musikvereine.

An der gleichen Pressekonferenz kriegen sich Polizeivorstand Bobby und Schulvorstand Thomi so richtig in die Haare, weil der Thomi am Montag an der turbulenten öffentlichen Veranstaltung im Kreis 3 zur Eröffnung der Notschlafstelle an der Saumstrasse, der Drogendelegation mit seinen Aeusserungen in den Rücken fiel. Er präsentierte der aufgebrauchten Bevölkerung des Kreis 3 unter Beifall einen Kompromissvorschlag aus der eigenen Tasche, nämlich den Verzicht auf den vorgesehenen 24-Stundenbetrieb ab Mitte Januar. Die zwei Streithähne Neukomm und Wagner liefern sich jetzt sogar noch an einer Pressekonferenz verbale Nachgefechte. Bobby zu Thomi: "billige Applauscherei." Thomi zu Bobby: "Ich lasse mir keinen Maulkorb umhängen." Und der Stappi Estermann schüttelt peinlich berührt den Kopf über das uninteressante

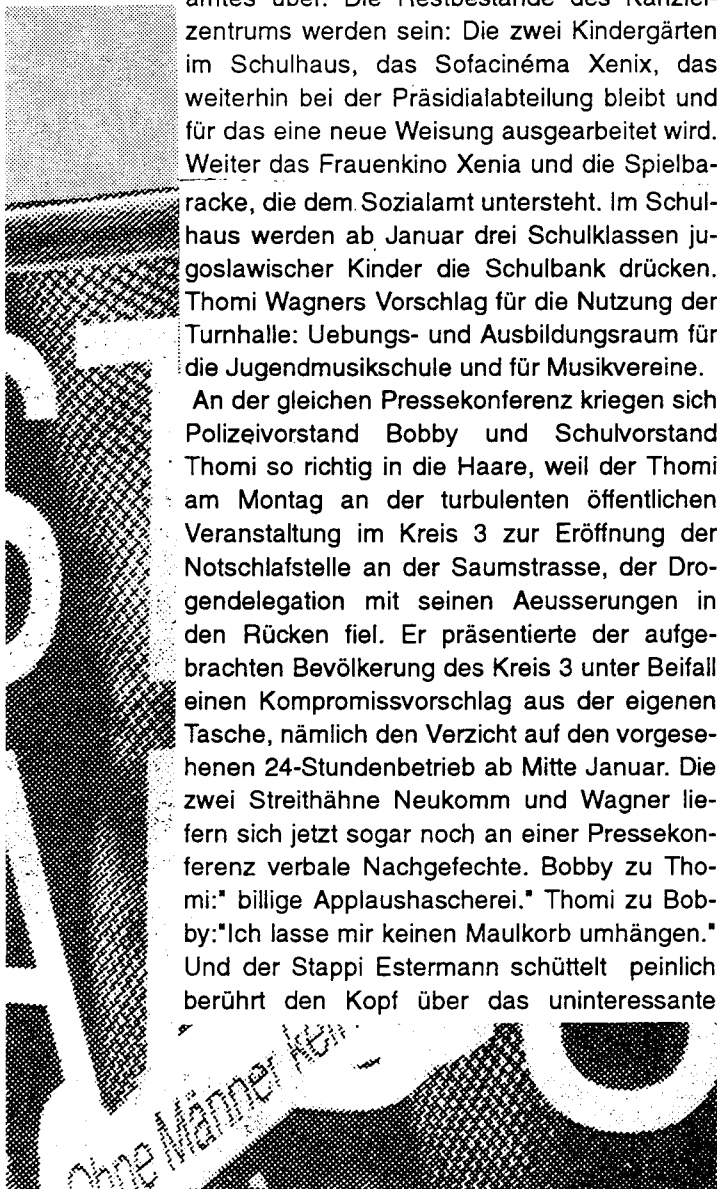
Gockelgehabe im stadträtlichen Hühnerstall.

**18.12.91** Der Rekurs des Polizeivorstandes und des Stadtrates von Zürich gegen die Weisung des Bezirksstatthalters (inzwischen zum Nationalrat gekürt), die Drogenszene am Platzspitz aufzulösen, ist gegenstandslos. Soweit der Regierungsrat. Offensichtliche Begründung: Der Stadtrat selber habe ja beschlossen, den Platzspitz bis Ende Februar 92 zu räumen. Vom Stadtrat wurde bis anhin als Termin für die Schliessung immer der "Früh-sommer" genannt. Auf Anfrage zu diesem "zeitlichen Detail" erklärt Gesundheitsvorstand Nigg, Mitglied der stadträtlichen Drogendelegation, die Räumung müsse "vor Frühlingsanfang" vollzogen sein, damit man im nächsten Sommer keine offene Szene mehr am Platzspitz habe.

**20.12.91** Der Lila-Bus, Kontakt- und Anlaufstelle für sich prostituierende Drogenkonsumentinnen wird, wie von der Vorsteherin des Sozialamtes Lieberherr angekündigt, termingemäß geschlossen. Die Mitarbeiterinnen des Lila-Bus und andere Fachfrauen halten gleichentags eine Pressekonferenz. Sie lehnen die Schliessung des Hilfsangebot in unmittelbarer Nähe des Strichs ab und sprechen sich auch gegen die Zusammenlegung des Lila-Busprojekts mit der Notschlafstelle für obdachlose Frauen an der Zollstrasse aus. Diese zwei Projekte seien in Struktur und Zielsetzung verschieden und nicht einfach zusammenlegbar. Die Mitarbeiterinnen des Busses waren vom Sozialamt als Betreiberinnen des neuen Projekts an der Zollstrasse vorgesehen worden. Dieses Angebot wird von ihnen aber abgelehnt, da ihre Bedingungen, insbesondere im Seefeld einen Ersatz für den Lila-Bus einzurichten, vom Sozialamt strikte zurückgewiesen werden.

Lieberherr gibt per Communiqué bekannt, dass die Einrichtung an der Zollstrasse ab dem 23.12. für obdachlose Drogenkonsumentinnen zur Verfügung stehe.

Der Lila-Bus wird jetzt, nicht zuletzt wegen des Protestes des Gewerbevereins Seefeld und eines Teils der Bevölkerung vom Stadtrat aus dem Kreis 8 abgezogen. Die einzige städtische Hilfseinrichtung für Drogenkonsumentinnen befindet sich in Zukunft an der Zollstrasse im Kreis 5. Doch auch hier gibt es Leute, die sofort gegen die neue Einrichtung, bzw. die vermuteten Konsequenzen protestieren: Es sind neben dem Quartierverein verschiedenste Baugenossenschaften, sowie die katholische



# Seefeld-Blues

Der Lila Bus, eine Anlaufstelle für drogenabhängige, sich prostituierende Frauen im Zürcher Seefeldquartier, wurde Ende letzten Jahres geschlossen und der Betrieb einer «Notschlafstelle» für Frauen in einem anderen Quartier aufgenommen. Die acht Teamfrauen, die mit der Schliessung des Lila Busses ihre jahrelange Aufbauarbeit und die ganzen Erfahrungen des Projektes zunichte gemacht sahen, wurden Mitte Januar fristlos entlassen. Sie erklären im Folgenden die Hintergründe eines weiteren Kapitels der düsteren Geschichte der Zürcher Drogenpolitik.

## Vom Lila-Bus-Frauenteam

Der Lila Bus wurde als eine der Kontakt- und Anlaufstellen (K&A) des Sozialamtes der Stadt Zürich vor zweieinhalb Jahren eröffnet. Die Anlaufstelle, ausschliesslich für drogenabhängige, sich prostituierende Frauen, hat während dieser Zeit eine wichtige Funktion in der niederschweligen Drogenarbeit übernommen. Da für dieses Projekt, als erstes und einziges in seiner Art, ein spezielles, frauenspezifisches Konzept erarbeitet wurde, musste über jeden Punkt mit dem Sozialamt verhandelt werden. Die äusserst schwierige Aufbau- und Konzeptarbeit nahm daher ein halbes Jahr in Anspruch.

Zielsetzungen aus dem definitiven Konzept:

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit in bezug auf die Problematik drogenabhängiger, sich prostituierender Frauen;
- Aufzeigen des Zusammenhanges zwischen Rollenverständnis der Frauen und Männer in unserer Gesellschaft und der Sucht von und Gewaltanwendung an Frauen;
- aufzeigen, dass Sucht von Frauen und Gewalt an Frauen in direktem Zusammenhang mit den patriarchalischen Strukturen in unserer Gesellschaft stehen;
- einen Grundstein für das Bewusstsein der Notwendigkeit feministischer und emanzipatorischer Sozialarbeit legen;
- aufzeigen, dass Repression kein taugliches Mittel im Rahmen der Drogenarbeit ist.

Die wichtigsten Angebote im Bus waren Schutz- und Ruheraum, Aidsprävention, medizinische Versorgung und Beratung, ein kleines Verpflegungsangebot, Hygiene, Beratung in juristischen Fragen und prostitutionsspezifischen Problemen. Nebst diesem direkten Angebot im Bus war es uns wichtig, die Zielsetzungen des Konzeptes auf sozialpolitischer Ebene in die Drogendiskussion einfließen zu lassen. Zu diesem Zweck arbeiteten wir thematisch in Ressorts mit verschiedenen Inhalten.

## Aus für den Lila Bus

Anfang Herbst 1991 verschärfte sich die Polizeirepression gegen die Frauen auf dem Drogenstrich massiv. Den Frauen wurden zum Teil an einem Abend mehrere Bussen verteilt, und sie wurden dadurch aus dem Seefeldquartier Richtung Bahnhof-Platzspitz vertrieben. Zudem machte sich der Verein «Sicherheit im Seefeld» mit seiner Forderung nach einem Abzug des Lila Busses stark. Schlussendlich reichte noch der «Gewerbeverein» eine Aufsichtsbeschwerde gegen den Stadtrat ein. Die Anlaufstelle sei ein bewilligungspflichtiges Bauwerk und habe zur Kriminalitätssteigerung im Quartier beigetragen, argumentierten sie. All diese Entwicklungen trugen sicher dazu bei, dass die Vorsteherin des Sozialamtes, Emilie Lieberherr, zum Entschluss kam, den Bus vor Weihnachten zu schliessen. Mit der Begründung der Strichverlagerung rechtfertigte sie auch die Zusammenlegung der Anlaufstelle und die Einrichtung einer bis anhin gemischten Notschlafstelle für Frauen an der Zollstrasse 111.

## Die «neue» Fraueneinrichtung

Wir wurden angefragt, die neue Einrichtung an der Zollstrasse 111 zu übernehmen. Für diese war ein Rahmenpapier vorhanden, das nur in knappster Form die Betriebsstrukturen aufzeichnete.

Darin war vorgesehen, die Einrichtung mit einer Betriebsleiterin zu führen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten wir uns ein Jahr lang erfolgreich gegen diese zusätzliche Hierarchisierung gewehrt. Für uns galt das Modell der Teamleitung mit Konsensverfahren, das die Leitungsfunktionen in diversen Ressorts und Ämtli gleichberechtigt den einzelnen Teamfrauen delegiert. Wir waren der Stellenleiterin der Gesamt-Kontakt- und Anlaufstelle direkt unter-

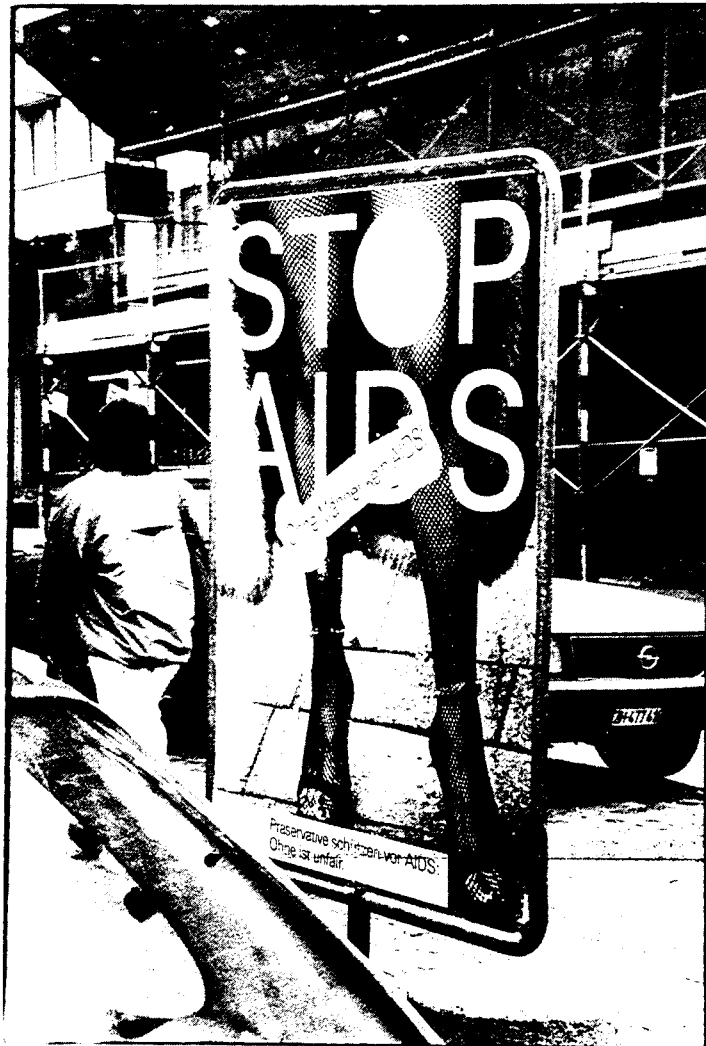


Foto: Gertraud Vogler

Die Freier nützen die Notsituation schamlos aus, drücken die Preise und verlangen wieder häufiger Service ohne Gummi

stellt. Diese auch für die Benutzerinnen durchschaubare Struktur gab uns die Möglichkeit, auf Veränderungen in der Strichszene oder auf Anliegen der Benutzerinnen schnell zu reagieren. Dies sind unabdingbare Voraussetzungen in der niederschweligen und vor allem frauenspezifischen Arbeit. Entscheide werden diskutiert und somit auch transparent für die Benutzerinnen.

Das Rahmenpapier für die Einrichtung war ohne Einbezug unserer Fachkenntnisse ausgearbeitet worden. Die Tatsache, dass das Angebot des Lila Busses direkt auf der Drogenstrichzone zur Verfügung stehen muss, wurde in keiner Weise berücksichtigt. Die Vermischung zweier so unterschiedlicher Angebote wie Anlauf- und Notschlafstelle erachten wir als untauglich. Die Kontrollfunktionen, die vor allem auch im Zuge der aktuellen Drogenpolitik in einer Notschlafstelle anfallen, verunmöglichen die wichtige Beziehungs- und Vertrauensarbeit. Zudem sollen an der Zollstrasse alle Frauen mit sozialen Problemen Zugang haben, was für eine Frauennotschlafstelle auch richtig ist. Die Diskriminierung und Abgrenzung gegenüber sich prostituierenden Frauen ist leider aber auch innerhalb der Szene üblich. Bei der Zusammenlegung der zwei Angebote fällt ein gewisser Vertrauensschutz für sich prostituierende drogenabhängige weg, da diese Frauen sich dort nicht als solche zu erkennen und über ihre Probleme nicht zu sprechen wagen.

## Kampf um den Lila Bus

Mitte Dezember gaben wir der Vorsteherin des Sozialamtes unsere Bedingungen für eine Übernahme der neuen Einrichtung bekannt:

- Wir arbeiten weiterhin ohne Betriebsleitung
- Wir erarbeiten ein Konzept für die Zollstrasse 111, das sich nach den Bedürfnissen der Frauen richtet und fachlich und frauenspezifisch aufgebaut ist. Darin ist enthalten, dass es ein mobiles Angebot direkt in der Drogenstrichzone geben muss.
- Bis das Konzept steht und ausgehandelt ist, bleibt der Lila Bus geöffnet.

Die Idee eines zusätzlichen mobilen Busses sahen wir als Notlösung, um den Auswirkungen der Vertreibungstaktik durch das Projekt offene Drogenszene (PODZ) entgegenzuwirken. Aufgrund unseres Papiers fand ein Gespräch mit Emilie Lieberherr und dem Team statt. Sie machte uns unmissverständlich klar, dass sie in keinem Punkt von ihrem Vorhaben abweichen werde, und das Motto heisse nun «learning by doing». Dem gesamten städtischen Personal wurde ein direktes Medienkontaktsverbot auferlegt. Wir beschlossen, dennoch die Öffentlichkeit über die Ereignisse im Sozialamt zu informieren. Unter Mithilfe von verschiedenen Fachfrauen, einer Vertreterin des DAJ (Verein der Eltern drogenabhängiger Jugendlicher) und einer Benutzerin des Lila Busses organisierten wir eine Pressekonferenz. Unterstützt wurden wir dabei von einer starken Frauenlobby. Obschon die Pressekonferenz in den Medien recht grosses Echo auslöste, genügte auch dieser Druck nicht, die drohende Liquidierung des Lila Busses zu verhindern oder hinauszuzögern. Am selben Tag wurde er wie vorgesehen geschlossen und eine Woche später die Notschlafstelle an der Zollstrasse 111 eröffnet. Mit Aushilfspersonal und ohne jegliche baulichen oder sonstigen Veränderungen der Räume wurde der Betrieb aufgenommen.

Wir wollten die Liquidierung unseres Arbeitsplatzes nicht einfach so ohne weiteres hinnehmen. Dank der Zusage finanzieller Mittel durch die Aidshilfe Schweiz konnten wir kurzfristig ein gut ausgerüstetes Wohnmobil mieten, das wir temporär in der Nähe des ehemaligen Lila Busses parkierten. Im Vordergrund stand die lückenlose Weiterführung der Aidsprävention, aber auch die Möglichkeit, einen Schutz- und Ruheraum benutzen zu können. Die Benutzerinnen reagierten durchaus positiv auf unser Bestreben, weiterzumachen. Der Bus wurde reger benutzt. Auch von den BewohnerInnen des Quartiers gab es wohlwollende Kommentare. Denn klar ist auch ihnen, dass so einfach der Drogenstrich im Seefeldquartier nicht zu eliminieren ist, vor allem da dieses seit langem für den Strich bekannt ist. Mangels weiterer Finanzierung mussten wir den Betrieb Anfang Januar jedoch wieder einstellen.

## Die Kündigung

Am 6. 1. 92 erhielt das gesamte Team die Kündigung per 30. April 92. Begründungen dafür sind in folgenden Zitate aus dem Kündigungs-schreiben ersichtlich:

«... sodann halte ich fest, dass Sie den Start des neuen Frauenprojekts mit Bedingungen, deren Unerfüllbarkeit von vornherein feststand, zu unterlaufen versuchten.» Oder: «Mit der Durchführung einer Pressekonferenz (...), ist die Ihnen bekannte und immer wieder in Erinnerung gerufene Stadt. Bestimmung verletzt worden, dass Kontakte mit den Medien nur mit Einwilligung des jeweiligen Abteilungsvorstandes erfolgen dürfen.»

Uns wurde sodann bis zum Auslaufen der Kündigungsfrist eine Arbeit als «Springerinnen» in verschiedenen anderen K&A zugewiesen. Am 15. 1. 92 lehnten wir diese Arbeit ab, da wir daran festhalten, unsere Arbeit im Rahmen des Lila-Bus-Angebotes weiterzuführen. Darauf wurde uns auf den 17. 1. 92 fristlos gekündigt, mit der Begründung, wir hätten die Arbeit verweigert.

## Vertriebene Drogenstrichszene

Den Raum, den so viele Frauen in der Nacht benutzen, um sich aufzuwärmen, Informationen zu holen und Spritzen zu tauschen, gibt es nun nicht mehr. Die Freier kurven weiter, auf der Suche nach Frauen, die durch ihre Sucht gezwungen sind, sich zu prostituieren. Die Aidsprävention in bezug auf die Präservativabgabe ist sehr erschwert. Erfahrungen zeigten, dass die Frauen durch bewusstseinsbildende Arbeit im Lila Bus einen hohen Grad an Eigenverantwortung übernommen haben. Es war für sie selbstverständlich, Service nur mit Gummi anzubieten.

Wo können sich nun die Frauen, die nach wie vor im Seefeld anschaffen, ihre Pariser in der Nacht besorgen? Wo können sie ihre gebrauchten Spritzen tauschen nach einem Schuss, der für sie notwendig ist, um überhaupt die vielen Demütigungen auf dem Strich auszuhalten? Wo sollen sich die Frauen inskünftig treffen und Erfahrungen austauschen über gewalttätige Freier, über schlechten Stoff und über Probleme, die spezifisch mit dem Anschaffen zu tun haben? Im Moment sind es vor allem wieder die Gassenarbeiterinnen, die sich als einzige um diese Frauen kümmern. Durch die Schliessung des Platzspitzes verschärfte sich die Situation nochmals um ein Vielfaches. Die massive Vertriebs- und Repressionspolitik hat viele Hilfs- und Selbsthilfestrukturen zerstört. Die Frauen kommen vom Seefeld an den Bahnhof und wissen nicht, wo und wie sie ihren Stoff beschaffen sollen. Durch die massiv gestiegenen Preise der Drogen müssen sie umso mehr Freier bedienen. Die nützen die Notsituation schamlos aus, drücken die Preise und verlangen wieder häufiger Service ohne Gummi. Eine geschwächte, müde und gestresste Frau kann sich weniger gegen die unerhörten Forderungen und die Gewalt der Freier wehren. Deshalb braucht es unbedingt wieder Hilfeleistungen für Frauen direkt in der Drogenstrichzone. Denn es geht nicht an, dass einmal mehr politische Experimente auf dem Buckel der Frauen ausgetragen werden.



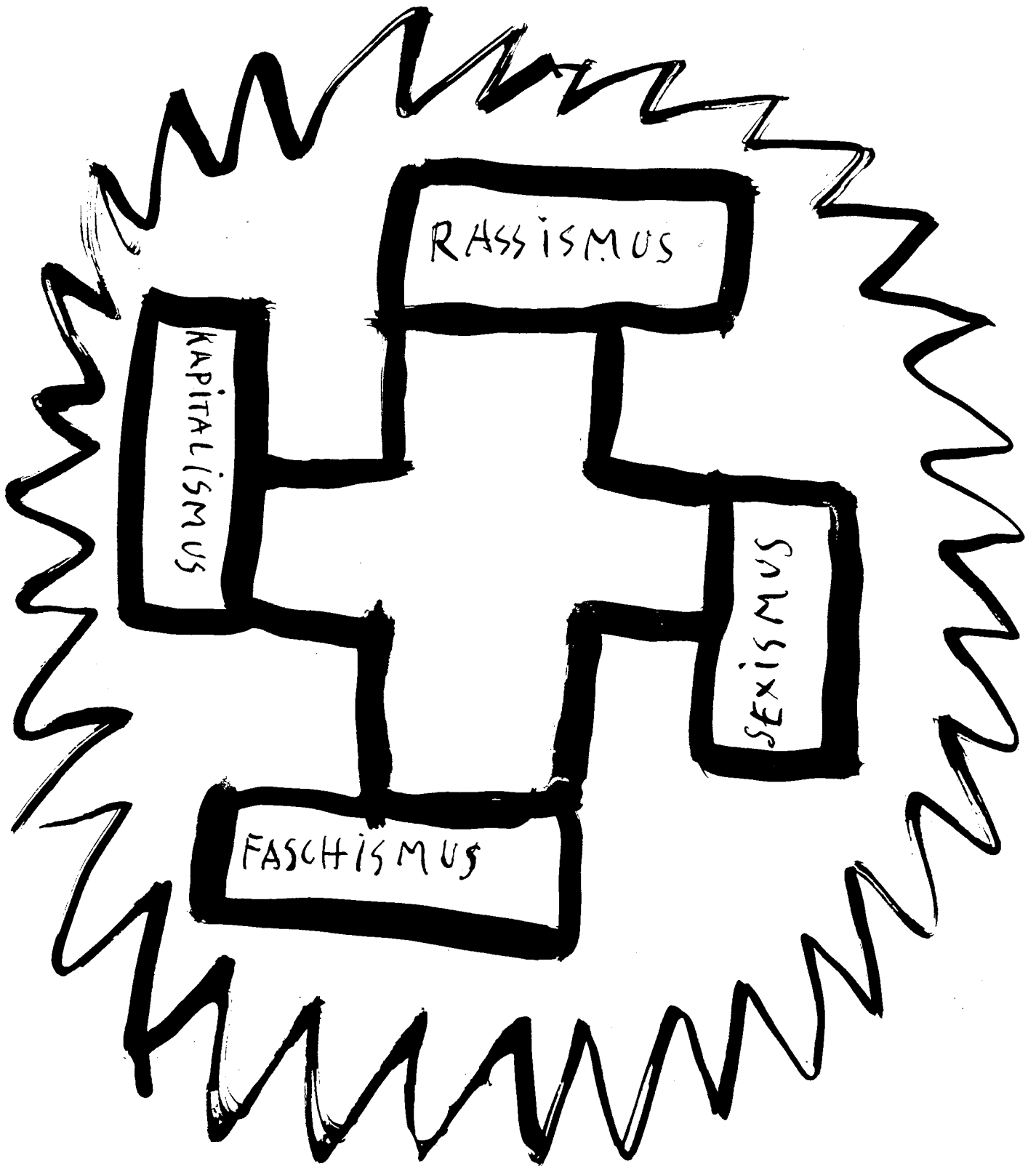
und die reformierte Kirchgemeinde, die vom Stadtrat "konsequente Massnahmen gegen jegliches Aufkommen des Drogenstrichs in unserem Wohnquartier" fordern. Gleichzeitig fordern sie andere Stadtkreise auf, gemeinsam am gleichen Strick zu ziehen und sich nicht einer unheiligen St. Florians-Politik hinzugeben. Wer sagts?

21.12.91 Trotz strömendem Dezemberregen nehmen ca. 2500 Menschen an der Antirassistischen Demonstration teil.

21. Dezember 1991: Zürich. Grosse Antirassistische Demonstration in Zürich. An der von verschiedenen Organisationen getragenen Demo, nehmen über 2000 Menschen teil. Die Demo war gedacht als Anfangspunkt einer neuen Mobilisierung gegen den zunehmenden Rassismus und die zunehmenden Angriffe gegen Flüchtlingsfrauen und -männer. Während der Demo wurde an einer Mauer ein grosses Wandbild gemalt, mit dem Spruch "Befreiung kennt keine Grenzen".



Foto: Gertrud Vogler



# Gegen Ausgrenzung und Vertreibung

Weshalb wir an der Anti-Rassismus-Demo teilnehmen. Wir, das sind VertreterInnen von Kultur- und Genossenschaftsbetrieben, BewohnerInnen und BenützerInnen von besetzten Häusern und Fabriken (z.B. Wohlgroth, Bäckerstrasse, Rote Fabrik, Kanzlei, Gassenküche, Kulti Wetzikon, Café Zähringer).

Rassismus ist eine Ausgrenzung von Menschen. Wir sind gegen jede Form von Ausgrenzung. Wir leben in dieser Stadt und sind auf verschiedenen Ebenen konfrontiert mit der Politik, die hier stattfindet. Und wir sind nicht einverstanden mit dieser Politik. Weder mit jener gegen Flüchtlinge und AusländerInnen, noch mit jener gegen Obdachlose und DrogengebraucherInnen, noch mit der allgemeinen kulturellen und sozialen Demontage. Leben heisst für uns, mit verschiedenen Menschen in Kontakt treten zu können, wie und wann wir es wollen. Wir wehren uns gegen jede Form von Ausgrenzung - weil das unser Leben begrenzt. Wir lassen uns nicht vom Staat verordnen, mit wem wir zu tun haben dürfen und mit wem nicht. Das setzt aber voraus, dass die Orte, Plätze, Häuser und Strassen, wo sich bestimmte Leute zusammenfinden, nicht geräumt und Flüchtlinge nicht in Lager irgendwo am Stadtrand abgesondert werden. Wir fordern Räume ohne staatlich organisierte soziale Kontrolle - denn nur in solchen Räumen, können unter den BenützerInnen und Besuche-

rinnen jene sozialen Kontakte und Strukturen entstehen, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

Ausgrenzung und Vertreibung sind Folgen des staatlich institutionalisierten und geförderten Rassismus. Der Staat hat sich zuhänden der Wirtschaft ein ausgefeiltes System einfallen lassen, um ausländische Menschen als Arbeitskräfte hin und her zu schieben und rechtlos zu halten, und er verschärft vorzu ihre Lebensbedingungen.

Mit dem Beschluss des Stadtrates, nicht in der Stadt wohnhafte Obdachlose und DrogengebraucherInnen in ihre Wohnorte zurückzuschaffen und die mit Bleiberecht besser zu verwalten, hat er dem Druck der Rechten nachgegeben, die seit Monaten eine regelrechte Hetzkampagne führt. Die Flüchtlinge waren die ersten, die in grössere und kleinere Lager verfrachtet wurden, möglichst ausserhalb der Stadt, damit sich möglichst wenig Leute durch ihre Anwesenheit gestört fühlen sollten. Seit Jahren werden Flüchtlinge und Leute von der Gasse auch in Zivilschutzanlagen verlockt. Neuerdings ist ein gros-

ser Zivilschutzbunker an der Ämtlerstrasse im Visier, ein unterirdisches Ghetto, der in Betrieb genommen werden soll, um die Vertriebenen vom Platzspitz und vom Shopville unsichtbar zu machen.

"Dezentralisieren" heisst das neue Zauberwort, kriert nach dem altbekannten "Teile und herrsche". Mit viel Aufwand und Bürokratie werden, auf die ganze Stadt verteilt, Einrichtungen geplant, die jedoch an den Bedürfnissen der vorgesehenen BenützerInnen vorbeigehen. Im Seefeld wird der Lila Bus weggeräumt, die Frauen, die sich für Drogen prostituieren müssen, vom Strich vertrieben; gleichzeitig plant die Stadt eine Frauennotschlafstelle und den Lila Bus an einem anderen Ort zusammenzulegen, und leistet somit auch dieser Vertreibung Vorschub.

Sparen ist das zweite Leitmotiv der städtischen Sozial- und Kulturpolitik. Dabei hat der Stadtrat eine ganz eigene Auffassung vom Sparen: gekürzt werden die Beiträge an gut funktionierende Orte wie Notschlafstelle Tsüri Nord und Gassenküche, das Kanzleizentrum wurde soeben

wegen unfairer rechtsbürgerlicher Opposition grad ganz aus dem Budget gekippt, andere müssen mit Zuschüssen rechnen, alles wichtige wird handkehrum rausgeworfen. Barrieren und Absperrungen (Gittertore am Platzspitz und Gittertore am Shopville). Geld ist also vorhanden, die Frage ist nur, für wen bzw. gegen wen es eingesetzt wird. Zur Lösung der Drogensituation oder der Wohnungsnot jedenfalls nicht.

Neu eingeführt wird ein Ausweis für jene Leute, die irgendeine soziale Institution wie Notschlafstelle, Lila Bus u.ä. in Anspruch nehmen wollen. Aber nicht für alle. Bedingungen für Wohnsitz in der Stadt. Zudem müssen die Ausweise auf dem Polizeiamt abgeholt werden, eine scheinbare Gelegenheit, jene, die sich sinnigerweise in brauner Farbe zu halten Papier holen, zu registrieren. Spezielle Ausweise (mit Foto) für bestimmte Menschen wecken Erinnerungen. 1938 wurden in Deutschland Kennkarten für jüdische Leute sowie für dienstpflichtige Männer eingeführt.

pflichtet, ihn immer auf sich zu tragen. Eine Pflicht, den neuen braunen Sonderausweis auf sich zu tragen, hat der Stadtrat zwar nicht eingeführt, aber wer keinen hat, soll auch nicht in eine Notschlafstelle rein können. Das ist die sanfte Gewalt der jetzigen Stadtregierung.

Gar keine Wahl haben abgewiesene Flüchtlinge. Ihnen wird kurzerhand ein "R"-Stempel in den Pass gedrückt, so dass sie auf ihrem weiteren Fluchtweg in zusätzliche Schwierigkeiten kommen. Auch diese Brandmarkung hat Vortäufel in der Geschichte. Es sei wieder einmal daran erinnert, dass es die Schweiz war, die von den deutschen Behörden verlangte, jüdische Pässe mit einem deutlich sichtbaren "J" zu stempeln.

Für alle Platzspitz- und Shopville-BewohnerInnen, die keinen offiziellen Wohnsitz in der Stadt haben, ist die Wegschaffung (= Deportation) an den Ort vorgesehen, wo ihre Papiere hinterlegt sind. Das kann die Heimatgemeinde oder der Wohnsitz der Eltern sein. Es wird für die Rückkehrerinnen keinen herzlichen Empfang geben, aber sie werden auffallen, je kleiner der Ort, um so mehr. Ausgesetzt, als trügen sie den gelben Stern.

Da die Stadt keine rechtliche Grundlage für die Wegschaffung hat,

behauptet sie einfach, sie sei freiwillig.

So freiwillig wie ich in einem Zug nach irgendwo sitze, nachdem ich vom Platzspitz vertrieben worden bin und keinen Einlass in eine Notschlafstelle finde; ich könnte ja auch im Novapark übernachten.

So freiwillig wie ich nachts mit dem Taxi nach Hause gehe, weil ich mich als Frau nicht unbehelligt bewegen kann; ich bräuchte mich ja nicht nachts auf den Strassen rumzutreiben.

So freiwillig wie ich in eine neue, kleine, dafür teure Wohnung gehe, nachdem das Haus mit der alten, günstigen abgerissen wurde; ich könnte ja auch wegziehen.

So freiwillig wie ich ins Altersheim gehe und das Quartier verlasse, in dem ich so lange gewohnt habe, nachdem ich nicht mehr so gut allein zurechtkomme; ich könnte ja auch einfach abdanken.

So freiwillig wie ich jeden Tag 8 Stunden arbeite, damit ich die überriesene Miete bezahlen kann; ich könnte ja auch - welch frevelhafter Gedanke - mit dir und dir und dir sinnvolle Arbeit machen und Räume besetzen, bis wir dann freiwillig wieder ausziehen, weil die Bullen kommen. So freiwillig wie ich aus der Stadt ziehe, weil es kein Kanzlei, keine

Wohlgroth, keine Bäckerstrasse, etc. mehr geben soll!????

Die Drohgebärde des Statthalters Graf, den Platzspitz am 15. November auf einen Schlag zu räumen, hat die Folge, dass alles was "weniger" ist, als annehmbarer und weniger schlimm erscheint. Die stadträtliche Salomitaktik ist weniger auffällig, verfolgt aber genau das gleiche Ziel und die Auswirkungen sind nicht weniger dramatisch.

Die Jagd hat bereits begonnen, und auch die BettlerInnen in der Bahnhofstrasse werden immer wieder vertrieben. Täglich mehrere Razzien erhöhen den Stress der Leute massiv, der Stoff wird rasch teurer. Frage: Wem nützt's?

Wir wehren uns auch gegen die immer wieder virtuos in Szene gesetzte Ausspielerei:

- Kulturbetriebe gegen DrogengebraucherInnen: Solange Drogen illegal sind, sind die alternativen Kulturbetriebe gezwungen, den Deal/Konsum von ihrem Areal abzuwehren. Somit entsteht eine künstliche Spaltung, die nicht gegen die DrogengebraucherInnen gerichtet ist, weil diese schon immer bei uns Platz hatten. - Flüchtlinge gegen Obdachlose: In den besetzten Häusern an der Bäckerstrasse hätte die Asylkoordination der Stadt Zürich Flüchtlinge einquartieren sollen.

- Obdachlose gegen...  
Nach der Räumung der...  
Häuser an der Sch...  
wurde der Verein...  
wohnhilfe eingesch...  
ser zu miserablen Bed...  
StudentInnen verm...  
- Alkis gegen Junkes...  
Spaltung ist erfolg...  
legal, andere Drogen...

Räume statt Räumung  
D e m o  
31. Dezember  
Kanzleiareal

- \* gegen Ausgrenzung
- \* gegen kulturelle und soziale Spaltung
- \* gegen Entschleunigung
- \* für Freiräume und Lebensräume

# Es wird kalt in Zürich

**23.12.91** Nach der Schliessung des Lila-Buses teilen die ehemaligen Teamfrauen mit, dass sie ihre Arbeit über die Festtage auf eigene Faust weiterführen werden. In einem von der Aids-Hilfe Schweiz finanzierten Wohnmobil werden saubere Spritzen und Präservative an die anschaffenden Drogenkonsumentinnen im Seefeld abgegeben. Warmes Essen und Getränke gehören ebenfalls zum Angebot. Das Wohnmobil ist täglich ab 20 Uhr 30 geöffnet.

**25.12.91** Im Shop-Ville besammeln sich um die hundert Leute, um gegen die Vertreibung der Obdachlosen und die absehbare Nachtschliessung zu demonstrieren.

hene Dezentralisierung der Drogenhilfe, sowie die kontrollierte Heroinabgabe. Trotz einigen kleineren Vorbehalten sind die diplomierten SozialarbeiterInnen voll auf der Linie des Zürcher Stadtrates.

**26.12.91** Nachdem sich die Zahl der an Aids erkrankten Menschen in der Schweiz 1990 stabilisiert hatte, ist in diesem Jahr bei deutlich mehr Menschen die Immunschwächekrankheit offen ausgebrochen. Bis Ende November wurden 593 Aidsfälle gemeldet, ein Drittel mehr als im ganzen Jahr 1990. Die Zahlen sind vom Bundesamt für Gesundheitswesen (BAG).

**29.12.91** Gegen die geplante Notschlafstelle beim Hotel "Nova-Park" haben sich 500 QuartierbewohnerInnen und Gewerbetreibende in einem offenen Brief an den Stadtrat ausgesprochen. Sie verlangen den endgültigen Verzicht auf die projektierte Hilfseinrichtung, nachdem angeblich die Vorsteherin des Sozialamts auf diese verzichten würde. Sündenbock ist nun folgerichtig das Bauamt II, welches am gewählten Standort festhalten will.

**In letzter Zeit beobachten wir eine Tendenz in Zürich, die uns sehr beunruhigt: eine Tendenz hin zu immer mehr Intoleranz und Ausgrenzung von Menschen, die nicht in allen Bereichen dem Idealbild dieser Gesellschaft entsprechen.**

- Das Nein zum Kanzlei
- Die Schliessung des Lilabus
- Die Räumung des Platzspitz ohne Alternativlösung

**sind (einige) Beispiele dafür.**

Als zukünftige SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen möchten wir, zusammen mit anderen beunruhigten Menschen, mit dieser Aktion aufrufen zu mehr Wärme und Toleranz.

Die Kerze soll als Symbol dafür stehen.

Wir glauben, dass :

Repression = Resignation  
Repression ≠ Lösung

Wir wünschen uns eine Stadt mit vielen Gesichtern

Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr...  
für alle

## Protest der Geschäfte an der Bahnhofstrasse

Die Vereinigung Zürcher Bahnhofstrasse protestiert gegen die «übermässige Benützung des Stadtzentrums durch Anlässe und Demonstrationen zur Hauptgeschäftszeit vor und während der Festtage». Als Beispiele werden in einer Pressemitteilung genannt: der Silvesterlauf am Samstag, 14. Dezember, die Anti-Rassismus-Demonstration am Samstag, 21. Dezember, sowie die angekündigte Kanzlei-Demonstration am Silvesternachmittag. Dabei werde immer der Zugang zum Stadtzentrum und damit auch zur Bahnhofstrasse stundenlang blockiert oder erschwert.

(TA)

**31.12.91** Silvester, Silvester. Statt feucht-fröhlich, steinhässig. Ueber 3000 Menschen demonstrieren unter dem Motto "Räume statt Räumungen" insbesondere gegen die Schliessung des Kanzleizentrums, aber auch gegen die in Zürich allgemein grassierende (Aus-) Schliessungs- und Gittermentalität. Diese wird von den Konservativen, den Rechten und Rechtsradikalen in dieser Stadt gehegt und gepflegt, lauthals verkündet (Ausländer, Jun-

TAGESANZEIGER | Dienstag, 31. Dezember 1991

**wer nicht kriechen will muss fliegen wer nicht fliegen kann muss kämpfen**



Platzspitz Nov. 91: Passage



Platzspitz Dez. 91: Surmontage



Platzspitz 31. Dez. 91: Finissage

kies, Chaoten, Linke...usw. RAUS), aber der politische Vollstrecker dieser Ideologie ist der amtierende rot-grüne Stadtrat.

31. Dezember 1991: Zürich.  
3000-4000 Menschen an einer Demo

unter der Parole "Räume statt Räumungen". Die Demo die von verschiedensten Organisationen und Parteien unterstützt wurde, wurde gemeinsam organisiert von Menschen aus dem Kiez und verschiedenen besetzten Häusern. An der eher parolenarmen Demo gab es verschiedene Aktionen:

- Der Konsum am Stauffacher, der bald neu eröffnet wird, und Bestandteil der Gross- und Neuüberbauung am Stauffacher ist, wurde massiv mit Farbe eingedeckt.
- An der Langstrasse werden ein Sexkino und der Mc. Donalds entlast.

- Am Platzspitz wurde mit und Eisensägen ein Teil des hohen Gitter, die zur Vertreibung der Drogensüchtigen am Platzspitz dienen sollen, niedergerissen, unter dem Applaus vieler TeilnehmerInnen.
- An der Bahnhofstrasse bekommen verschiedene Banken und exklusive Läden Durchzug und werden mit Farbe "verschönert".

Nach der Schlusskundgebung werden einzelne Gruppen von Zivilpolizisten verfolgt und 7 vorübergehend verhaftet.

Am Abend während einem grossen Fest auf dem Areal des Kiezentrums werden in der Umgebung noch einige Banken und ein Armeeshop eingeschmissen, einige Container modern auf der Langstrasse. Das alles tut dem Fest aber keinen Abbruch, auch nicht, als aus einem vorbeifahrenden Bullenauto Tränengas auf das Areal geschossen wird.

Aus: Informationen aus dem Widerstand in der Schweiz, Nr. 27, Januar 1992, S. 6

## Räume statt Räumungen

\* für Lebensraum und Freiräume \* für Menschlichkeit und Solidarität \* für selbstbestimmtes Wohnen und Arbeiten \* Stop der kulturellen und sozialen Demontage

200'000 jährliche BenutzerInnen des Kiez danken zu Tränen gerührt für die Weihnachtsbescherung.

Die Sündenbockfunktion des Kiez ist offenkundig: Die bürgerlichen Parteien, in die Opposition gedrängt, wollten beweisen, dass sie das Szepter nie aus der Hand gegeben haben und nutzen das Protestpotential der Bevölkerung für eine Stimmungsmache gegen die rot-grüne Regierung aus.

Die Teuerungsindex- und hypozingesteuerte Angst um den sozialen Abstieg sucht Sündenböcke. Diejenigen, die diese Angst teilen, sollen sich gegeneinander nicht ausspielen lassen. Die KiezistInnen sind nicht verantwortlich für die Verweigerung des Teuerungsangleichs, für die ungerechten Eigentumsverhältnisse und für die Prämienhöhungen von Krankenkassen und Versicherungen. Von den Schattenseiten der Stadtentwicklung sind alle BewohnerInnen der Stadt betroffen. Wir alle sind längst nur Arbeitskräftereservoir und Manövriermasse: die Pendlerströme beweisen es, der Mangel an Lebensqualität und die hohen Mietzinsen vertreiben viele von uns. Von den Touristenströmen profitieren wir nicht und die Prozessionen durch die Einkaufsstrassen zu Ehren der Göttin Ware sind eine trostlose Kompensation.

Stattdessen entsprach das Kiez mit den Räumen für AusländerInnen, für Frauen und Kinder, Ratsuchenden, Kulturinteressierten und Kulturschaffenden einem ausgewiesenen Bedürfnis. Das Ausmerzen des Kiez entspricht überhaupt keinem Bedürfnis, sondern einem ideologisch genährten Hass. Die Vereinzelten, die zum Opfer der Ideologie von Recht und Ordnung geworden sind, gönnen denen, die sich zusammenschliessen, ihre Solidarität nicht: sie werden zu Drahtziehern und Verschwörerbanden stilisiert, ihre sozialen Netze werden zerrissen.

Die Möven scheissen immer noch auf die Denkmäler der Stadt. Wir scheissen auf den Denktzettel von solchen, die nie das Kiezareal betreten haben.

Ob die City-Planner ihre ökonomischen Ziele erreichen, hängt ab davon, ob der Verdrängungstaktik eine Taktik der Raumgewinnung entgegengesetzt werden kann. Ob die Gangart der Behörden weich ist oder hart, ob wir verdrängt werden bloss nach Gesetzen des Marktes, ob der Widerstand aufgekauft oder zerschlagen wird: das strategische Ziel, die Stadt zur cleanen Finanz- und Kongressmetropole zu machen mit einem breiten Kulturangebot für die new urban professionals kann nur durch soziale Unruhe jeglicher Form aufgehoben oder verhindert werden. Die Zerschlagung der offenen Drogenszene und die nächtliche Schliessung des Shop-Ville erinnern an die Aktion "slum clearance" des Roten Zürich in den Dreissiger Jahren. Nur ein geeintes Aussersihl kann die City-Offensive stoppen, nur eine Weigerung der SozialarbeiterInnen gegen die Ausführungen des sozialtechnokratisch verordneten Deportation nicht-zürcherischer DrogengebraucherInnen kann die von rechts unter Druck geratene Stadtregierung zum Umdenken zwingen. Wir können nicht mehr auf eine links-grüne Mehrheit setzen: Nur wir selbst können und müssen soziale und kulturelle Netze weben.

Wir wünschen ein medizinisch betreutes Pilotprojekt für die Entsendung von Zürcher Regierungsfächchen ins All.

Wünsch dir nichts für's neue Jahr, hol's dir selber:

An den Vollversammlungen vom 6. Januar 1992  
16 Uhr im Kiez  
19 Uhr im Wolgroth, Klingenstrasse 8

Am 31. Dezember 91 ab 21.00 Uhr Das Kiez lädt ein zur Sylvesterparty!

Verantwortlich: Interessengemeinschaft Kiez.

Die Demonstration wird von folgenden Organisationen unterstützt:

IG Rote Fabrik, Theaterhaus Gessnerallee, Restaurant Reithalle, Partei der Arbeit, FraPi, Alternative Liste, ZÜR 1990, ZAGJP, Gassenküche, Lia Bus, Theater Westend, CH-Tanztheater, Theater Bumpor to Bumpor, Erklärung von Bern, Vereinigung Schweiz-Cuba, VPOD städtische, VPOD LehrerInnen, Redaktion 211, Aten, Invaliden Witwen und Waisen, Schweizerisches ArbeiterInnenhilfswerk SAH, WIM Werkstatt für improvisierte Musik, Filmclub Xenix, Verein freie Kindergärten Zürich, Verein Ferien und Freizeit VFF, Jugendkulturhaus Dynamo, Freiplatz Aktion, Asylkoordination, Nicaragua und El Salvador Komitee, Guatemala Komitee, cfd Christlicher Friedensdienst, Frauenstelle für Friedensarbeit cfd, Nottelefon Zürich, OFRA CH, FIZ Frauen Informationszentrum, Netzwerk schreibender Frauen, HAZ Frauen, Verein feministischer Wissenschaft, Frauenzentrum Zürich, Frauenhaus Zürich, VPOD-Frauen, Diskussionsgruppe Fachfrauen Umwelt, Mädchentreff, internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Verein Frauen-Co, AnwohnerInnenverein Bärli, BewohnerInnen Backerstr. 51/55, Wolgroth

P.S. Wann werden Robert Neukomm, Walter (Auto-)Frey, Fridolin Luchsinger (Chefdreckredaktor), Werner Stoller und Charly Fritzsche ("Zürcher Oberhetzer) gemeinsam und in wilder Panik in den Strassen Zürichs ihr Leben rennen?



# GEGEN DIE REAKTION UND IHRE ROT/GRÜNEN STEIGBÜGELHALTER

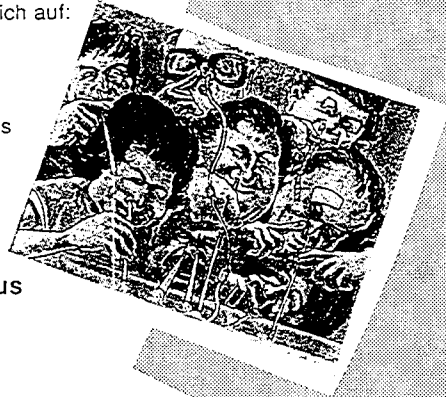
Reaktion und Sozialdemokratie räumen in der Stadt Zürich auf:

- Räumung des Platzspitzes
- Schliessung des Shop Villes
- Säuberung der Bahnhofstrasse von Obdachlosen
- Hetze gegen besetzte Häuser
- Schmierkomödie um - und Schliessung des Kanzleis

*Wird wieder mit eisernem Besen gewischt?*

**Wir rufen euch zum Kampf auf:**

- gegen Rassismus, Faschismus und Sexismus
- gegen die Räumung des Platzspitzes
- gegen die Schliessung des Shop Villes
- gegen Bullenterror
- für ein Kanzlei als politisches Zentrum
- für selbstbestimmte Räume für Frauen und AusländerInnen
- für die Öffnung und Enteignung aller leerstehenden Häuser für Obdachlose und Wohnungssuchende



**DEMO 31.12.91 / 14.00 Uhr beim Kanzlei**

## Januar

Ein Züricher Gratisanzeiger, bekannt als rechtes Hetzblättchen, bringt zum Jahreswechsel eine Foto der Wohlroth auf der Frontseite. Die kommentierende Kolumne trieft geradezu vor Versöhnlichkeit...

## TURNHALLE BESETZEN ODER NICHT ODER DOCH

Programm der Kanzleiturnhalle

- Dienstag 7.1. Konzert mit Teilen der 'Limit' 22.00 Uhr
- Mittwoch 8.1. Vollversammlung 19.00 Uhr evtl. Konzert
- Donnerstag 9.1. Was ächtsch? Disco Disco
- Freitag 10.1 noch offen
- Samstag 11.1. Fest Fest Fest kein Konsumzwang alles mitbringen

# Züri Woche

Züri Woche Verlags AG, Industriestrasse 57, 8152 Glattbrugg Telefon 01 - 829 64 46



**U**nser Neujahrgruss kommt dieses Mal aus der Züricher Subkultur. Der mächtige Graffiti, den wir hier abbilden, begrüssigt jeden Zugreisenden, der in den Züricher Hauptbahnhof einfährt. Die bunte Botschaft der Zuversicht kommt ausgerechnet aus dem besetzten Wohlroth-Areal, einem der Brennpunkte der sozialen Probleme dieser Stadt. Wir setzen dieses optimistische Zeichen gegen die hässlichen Bilder der Angst und der Intoleranz; aus Wiedikon und anderen Quartieren, die vor den Festtagen die Spalten gefüllt haben. Und wir lernen: Oft kommt das richtige, das erlösende Wort von unvermuteter Seite. Und manchmal muss man einen wahren Satz mit riesigen Lettern und in knalligen Farben an vielbegangene Stätten malen, damit er auch wirklich vernommen und angenommen wird. Die «Züri Woche» wird im neuen Jahr fortfahren, diese wunderschöne Stadt aus allen, auch aus überraschenden Blickwinkeln abzubilden und immer wieder Zeichen der Zuversicht, der Fröhlichkeit und des gesunden Menschenverstandes (im Sinne von «common sense», nicht im Un-Sinne von «gesundem Volksempfinden») zu setzen. Wenn wir dafür manchmal kräftige Farben verwenden, dann deshalb, weil wir sicher sein wollen, dass wir auch verstanden werden. Allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir von Herzen ein glückliches, erfülltes neues Jahr. Alles wird gut, früher oder später!

Redaktion und Verlag der «Züri Woche»

«Jahreskarte» Zürichs steht auf der Brandmauer des Wohlroth-Areals.

FOTO: RÜEDI KUBLI

Keine Bücklinge mehr,

wenn Räumung dann Demo

**5.1.92** Frauendisco im Opernhausfoyer. Vor der Vorstellung machen ca. 250 Frauen lautstark darauf aufmerksam, dass Frauenräume in Zürich rar sind und einer der wenigen, der existiert am folgenden Tag geschlossen wird. Das «Aus» für das Kanzleizentrum ist auch das Ende für die Frauenétage.

**6.1.92** Offizielles Aus für das Kanzleizentrum. Jean-Pierre Hoby von der Präsidialabteilung übernimmt symbolisch die Schlüssel des Kanzleizentrums. Am Nachmittag findet in der Turnhalle eine grosse VV statt. Die Anwesenden beschliessen, vorläufig in der Turnhalle zu bleiben und auch das Café im Schulhaus weiterzuführen. Das Schulamt hat, in der Vorfreude auf die neuen Räumlichkeiten, schon das neue Schulmobiliar im Kanzleischulhaus deponiert. In der Nacht vom 6. auf den 7. Januar gehen die Schulbänke und -tische auf dem

Areal in Flammen auf. An den folgenden zwei Tagen bildet sich an den VVs eine neue Turnhallen- und Cafégruppe. Die Gruppe "Halle für alle" entsteht. Der Betrieb in der Turnhalle geht weiter.

**7.1.92** Die Vorbereitungen zur Platzspitzräumung laufen auf Hochtouren: Beim Spitz ist das vierte Gitter installiert, mit rostfreier Farbe gestrichen, die krönenden Speerspitzen angebracht. Das Gitter, das vor einer Woche dem spontanen "Volkszorn" nicht gewachsen war, ist restauriert. Beim Hauptbahnhof werden sämtliche Abgänge zum Shop-Ville zur Nachtvergitterung vorbereitet. Zur Unterstützung der Gitter bei der Nachtschliessung wird zusätzlich noch eine Wachmannschaft im Shop-Ville unterwegs sein. Andres Oehler, Informationsbeauftragter der Projektgruppe "Offene Drogenszene" (PODZ), meldet sich mit der Erkenntnis in der Öffentlichkeit, dass sämtliche Notschlafstellenplätze immer ausgebucht seien. Jetzt müsse eine neue Notschlafstelle her, da die "Obdachlosen vom Shop-Ville" demnächst ihre angestammten Schlafplätze nicht mehr beziehen könnten. Bekannterweise bevorzugen die Zürcher Behörden, bei der Standortwahl für Drogenhilfseinrichtungen, Zivilschutzbunker. Die Notschlafstelle wird synchron zur Nachtschliessung in der Zivilschutzanlage unter dem Park bei der Uni Irchel (Hirschwiesenstrasse) eröffnet. Linus Bauer, Präsident des Quartiervereins Unterstrasse, dazu gegenüber dem Tagesanzeiger, "er wolle der Stadt Hand reichen zur Lösung des Drogenproblems". Von der Drogendelegation der Stadt erwartet Bauer aber, dass auch "Massnahmen getroffen werden, die auf eine Beruhigung der Bevölkerung hinzielen".

**7.12.92** Wie geplant fängt für drei neue Kleinstklassen im Kanzlei um 10 Uhr der Unterricht an. Leider nicht an neuen Schulbänken. Nach der präventiven Räumungsforderung der Autopartei von gestern, doppelt jetzt die FDP der Stadt Zürich in einer Presseerklärung nach. Die teilweise Besetzung und die Sachbeschädigungen zeigen mit aller Deutlichkeit, "dass die Grosse Mehrheit der ehemaligen Kanzleiberteiber von einer Gruppe radikaler Aktivisten überspielt werden kann", schreibt die FDP. Vom Stadtrat fordert sie die sofortige Räumung des gesamten Kanzleiareals. Doch die Polizei verhält sich kontrollierenderweise ruhig. Für eine allfällige Räumung ist der Stadtrat, im Falle des Kanzleis der Schulvorstand Wagner zuständig, meint der Polizeipressesprecher.

**7.1.92** Offizielle Hochrechnung der Drogentoten 91 in der Schweiz und im Kanton Zürich. Jährlich sterben in der Schweiz 5000 Menschen an den Folgen des Nikotinkonsums. 751 Personen starben 1990 an Fettgeneration der Leber und alkoholischer Leberzirrhose usw. wegen Alkoholkonsums. Werden die Opfer alkoholbedingter Verkehrsunfälle dazugechnet, beläuft sich die Zahl der Alkoholtoten auf knapp 1000 Personen. 1991 gab es gesamtschweizerisch offiziell 403 Drogentote. Im Kanton Zürich starben im gleichen Jahr 116 Menschen an den direkten Folgen des Konsums harter Drogen (70 der 166 starben auf Stadtgebiet). Das sind 50 Menschen mehr als 1990. Die massive Zunahme der Drogentoten wird je nach Standpunkt unterschiedlich interpretiert. Die Kantonspolizei, welche die Zahlen jetzt der Öffentlichkeit bekannt gibt, vermutet als die zwei Hauptgründe, die angeblich letztes Jahr noch gesteigerte "Magnetfunktion" des Patzspitzes und das professionalisiertere Händlernetz. Fachleute, welche die Realität der Gasse besser kennen, sehen in der Repression der Polizei und Behörden den eigentlichen Hauptgrund für die ansteigende Zahl der Drogentoten. Der erhöhte Stress der KonsumentInnen führt zu einer allgemeinen Verschlechterung des Gesundheitszustandes, die Leute gehen unsorgfältiger mit dem Stoff um, kicken zu schnell und zu konzentrierten Stoff. Durch den Preiszerfall bei Heroin wurde das Dope vergangenes Jahr ohnehin in reinerer Qualität gedealt, als beim früheren hohen Preisniveau. Zudem ist medizinische Nothilfe bei einer dauernd vertriebenen, dezentralisierten Szene kaum machbar. Das gleiche gilt für die Aids-Prävention. Aber diese Toten werden ja dann in einer anderen Statistik eingetragen.

**8.1.92** Bundesrat Cotti bleibt stur. Auf einen offenen Brief von 100 zürcherischen SP-ParlamentarierInnen von anfangs Dezember, in dem als Minimalforderung auch die ärztlich kontrollierte Abgabe von Heroin an Heroinabhängige aufgeführt wurde, hat der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes des Innern, Flavio Cotti, nun negativ geantwortet. Nach seinen Worten bleibt Heroin "in jedem Fall verboten". Andere Betäubungsmittel könnten unter strengster ärztlicher Kontrolle, nur im Rahmen eines wissenschaftlichen Projektes, abgegeben werden. Die Betäubungsmittelabgabe soll, so der Bundesrat, "einzig dem Zweck dienen, vertiefte und abgestützte Erkenntnisse zu gewinnen, und dürfe auf keinen Fall zu einer Liberalisierung auf kaltem Weg führen".



**8.1.92** Am Morgen des 8. Januar wechselt die Stadt unbehelligt die Schlösser am Kanzleischulhaus aus. Abends gibt es eine weitere Vollversammlung in der Turnhalle. Spontan wird ein Turnhallenprogramm für die nächsten Tage zusammengestellt. Nach den harten Politdiskussionen spielt noch die Band "Megaducks" auf.

**9.1.92** Die ganze Kanzleeturnhalle und der unterste Stock des Schulhauses werden unter Polizeischutz mit Schaltafeln verrammelt. Nach den Ereignissen des Vorabends, will der verantwortliche Stadtrat Wagner im Einvernehmen mit Neukomm auch keine Veranstaltungen auf dem Kanzleiareal mehr dulden. Das Kanzlei ist vernagelt, noch bevor in vier Tagen der Platzspitz in der Nacht vergittert wird. Die angekündigte Disco kann darum nicht stattfinden. Trotzdem versammeln sich ca. 200 Leute um ein Feuer auf dem Areal. Doch die Polizei fackelt nicht lange: Mit Gummigeschosseinsätzen werden die Leute vertrieben, einzelne werden kontrolliert. Das Areal wird ab diesem Tag rund um die Uhr von der Securitas bewacht, anfänglich unterstützt von der Stadtpolizei.

**9.1.92** Pressekonferenz der Drogendelegation zur Nachtschliessung von Platzspitz und Shop-Ville am 13. Januar. Der Spitz soll zwischen 22 Uhr und 7 Uhr geschlossen werden. Ueber die definitive Schliessung wollen die Stadträte Neukomm und Nigg sowie Stadträtin Lieberherr nichts genaues sagen. Spätestens Ende Winter, wenn es "sinnvoll" erscheine aber bereits früher, orakelt Polizeivorstand Neukomm. Das Shop-Ville soll ebenfalls um 22 Uhr geschlossen werden. Die unterirdische Lädelpassage wird mit Ausnahme der Zugänge von der Löwenstrasse und der Bahnhofstrasse, die für Bahnreisende geöffnet bleiben, hermetisch abgeriegelt. Für Emilie Lieberherr naht jetzt "die Stunde der Wahrheit", in der sich weisen werde, ob die Zürcher Landgemeinden und die angrenzenden Kantone, "ihre" DrogenkonsumentInnen übernehmen, und ob sie die notwendigen Hilfsangebote erstellt haben. Im Weiteren überraschte die Drogendelegation mit einer humanen Offenbarung: Stadtzürcher Behörden, wie der Regierungsrat seien zur Auffassung gekommen, auf die zwangsweise Rückschaffung von auswärtigen DrogenkonsumentInnen zu verzichten. Auf diese Massnahme werde nur dann zurückgegriffen, wenn die Vormundschaftsbehörde der Wohngemeinde die Vorführung einzelner DrogenkonsumentInnen verlange. Ursprüng-

Foto: Gertrud Vogler



lich hatte die Zürcher Regierung ja die Absicht, Rückschaffungen von nicht stadtzürcherischen DrogenkonsumentInnen im grossen Stil in Angriff zu nehmen....

**9.1.92** Genaueres zu Cottis Sturheit. Im Rahmen von wissenschaftlich begleiteten, eng begrenzten Versuchen, soll in Zukunft in der Schweiz die kontrollierte Abgabe von Morphinum und Methadon möglich sein. Das Eidgenössische Departement des Innern hat eine entsprechende Verordnung in die Vernehmlassung geschickt. Für diese Versuche mit kontrollierter Abgabe sind die Kantone, Gemeinden oder Private verantwortlich, Träger für die Begleitforschung ist das Bundesamt für Gesundheitswesen (BAG). Der Bund stellt für diese Projekte jährlich eine Million Franken zur Verfügung. Damit die Projekte von diesem ärmlichen Fond überhaupt Geld erhalten, müssen strengste Kriterien erfüllt sein: Die Höchstzahl der beteiligten DrogenkonsumentInnen darf 50 nicht übersteigen, Begleitbetreuung (Tagesstrukturen/Notschlafstellen) müssen gewährleistet sein, und das Projekt muss Mo-

dellcharakter haben. Alles findet unter strengster ärztlicher Kontrolle statt. Die Menschen, die in solch erlauchten Kreisen Eingang finden, sollen die DrogenkonsumentInnen sein, denen es am Schlechtesten geht. Für den Bund sind das "aidskranke oder schwangere Süchtige, drogenabhängige Prostituierte sowie chronisch Süchtige, die mehrere Entzugsprogramme hinter sich haben". Zwei Bemerkungen zum Schluss: Morphinum war bis anhin eine Droge, die normalerweise in der Schweiz nicht konsumiert und gehandelt wurde. Der Bund als innovativer Dealer?

Der genaue Wortlaut der Verordnung sei nicht vorenthalten, sagt sie doch viel aus über die weltfremde und technokratische eidgenössische Drogenpolitik: "Verordnung über die Förderung der Begleitforschung zur Drogenprävention und der Lebensbedingungen Drogenabhängiger."

**11.1.92** Auf dem Kanzleiareal ist wieder eine Vollversammlung angekündigt. Doch das Gelände ist von mehreren Kastenwagen voll von Polizeigrenadiern besetzt. Die ungefähr 250 Leute, die im winterlichen Frost an der VV teilnehmen wollten, verschieben sich in einem kleinen Demozug in die Wohlgroth. Dort formieren sich verschiedene Arbeitsgruppen: Discogruppe, Demogruppe. Mit verschiedenen Aktivitäten soll zumindest für die Wiedereröff-

nung der Kanzleihalle gekämpft werden. Eine wöchentliche Vollversammlung unter dem Motto "Räume statt Räumungen" wird beschlossen. Einen Tag später werden in der gesamten Stadt aus Protest gegen die Schliessung des Kanzleis als Kulturzentrum und Begegnungsort, die Schlösser der Schulhäuser zugeklebt.

**13.1.92** Die Nachtschliessung von Platzspitz und Shop-Ville wird Realität. Die Grenadiere der Stadtpolizei durchkämmen ab 21 Uhr in Reih und Glied den Platzspitz und treiben die Junkies vom Platz. Vor dem letzten noch offenen Tor bei der Walchbrücke demonstrieren 200 Leute gegen die Schliessung. Ungefähr zwei Stunden später will die Polizei eine Drogenkonsumentin verhaften. Es kommt aber nicht soweit, da die Polizei von einem Teil der DemonstrantInnen mit einigen Steinwürfen davon abgehalten wird. Die Antwort der Polizei lässt nicht auf sich warten: Die Demonstration wird mit Gummischrot und Tränengas vertrieben. Dabei werden einige DemonstrantInnen am Kopf verletzt. Der Tränengaseinsatz ist so massiv, dass kurze Zeit später der Bahnhof deswegen geschlossen werden muss. Die giftigen Wolken quellen auch in den Bahnhofsuntergrund. Im Shop-Ville ist die Kantonspolizei und die Bewachungsfirma Protectas daran mit einem ausgeklügelten Vertreibungsdispositiv alle Obdachlosen und sonstigen ungerne gese-



Foto: Gertrud Vogler

henen Individuen aus dem Untergrund zu vertreiben. Punkt zehn Uhr ist das ganze Shop-Ville mit Ausnahme der Eingänge Bahnhof- und Löwenstrasse von der Aussenwelt hermetisch abgeriegelt worden. Ein Grossteil der Obdachlosen hatte sich aber in weiser Voraussicht schon vor der Polizeiaktion zurückgezogen. Verärgert sind vor allem die Leute, die eigentlich auf den Zug wollen, aber auf Gitter beissen oder Tränengas schlucken. Putzpersonal säubert die Ladenpassage. Um die dreissig Leute der Elternvereinigung drogenabhängiger Jugendlicher protestieren schweigend, zwischen Polizeipatrouillen, nach Hause hetzenden PendlerInnen und grellerleuchteten Schaufenstern, gegen die Vertreibung der Obdachlosen.

An der Saumstrasse protestiert eine gegenüber dem Dezember arg geschrumpfte Gruppe von 80 Leuten gegen den gleichentags eingeführten 24-Stundenbetrieb. Ab dem heutigen Tag ist hier die soziale Vermittlungsstelle für auswärtige DrogenkonsumentInnen in Betrieb. Die "Auswärtigen", die offiziell keinen Zugang mehr zu stadtzürcherischen Hilfseinrichtungen haben, versuchen die Behörden hier aufgrund der Angaben der DrogenkonsumentInnen in ihre Wohnortgemeinde abzuschieben. Dazu wird mit den betreffenden Gemeindsbehörden verhandelt, in der Hoffnung dort seien Vorkehrungen getroffen worden, die abgewiesenen DrogenkonsumentInnen zu betreuen.

## Schliessung von Platzspitz und Shop-ville

### PODZ-BLITZ !! GASSENINFO NO. 2

13. Januar 92: Platzspitz und Shop-ville werden erstmals nachts geschlossen. Der Platzspitz wird von 22.00 Uhr bis 7.00 Uhr geschlossen bleiben. Ein erster Teil des Shop-ville (ohne Zugang zu Sihltaibahn und Unterführung zwischen Braustube Hürlimann und Perrons SBB) wird um 22.15 Uhr geschlossen, die vollständige Absperrung des Shop-ville erfolgt um 1.00 Uhr. Ab 4.00 Uhr wird das gesamte Shop-ville wieder geöffnet.

**KOMMT AM MONTAG 13. JANUAR  
21<sup>00</sup> PLATZSPITZ**

**14.1.92** Die städtischen SozialarbeiterInnen bestätigen dem Stadtrat in einem siebenseitigen Schreiben nochmals, dass sie keine Unterscheidung zwischen auswärtigen und stadtzürcherischen DrogenkonsumentInnen ma-

## Liebe DrogengebraucherInnen und Obdachlose

**Lasst Euch nicht vergittern, verdaten, verkabeln - lasst Euch nicht zutodeverwalten - lasst Euch nicht zur Schnecke machen!**



**Fragt die Sozialtätigen weshalb sie sich zu Hilfspolizisten/- polizistinnen machen lassen...**

**Fragt die Polizisten weshalb sie Euch nicht vor gewalttätigen Eintreibern schützen...**

**Fragt die Sozialdemokraten weshalb sie lieber Gitter kaufen statt Häuser...**

**Haltet zusammen, wehrt Euch gemeinsam!**

VERNAGELT

**PARTY**

VERGITTERT

ABGESÄGT

HIRSCHENPLATZ  
MITTWOCH 22. JANUAR 18<sup>00</sup>  
TRET

chen werden. Doch die Stadt fährt eindeutig die harte Linie: Den privaten Organisationen wie der ZAGJP wird mit Subventionskürzung gedroht. Städtischen Angestellten droht die Kündigung.

**15.1.92** Aktion für Frauenraum vor dem Stadthaus.

## Frauen fordern Frauen-Räume

Für Jean-Pierre Hoby, den Zentralsekretär in der Präsidualabteilung, wäre «die Aktion» nicht nötig gewesen: «Wir nehmen das Anliegen der Frauen ernst.» Die Bereitschaft von seiten der Stadt sei da, nach Lösungen – sprich: nach Räumen – zu suchen. So konnte er nicht recht verstehen, dass am Mittwochmorgen rund 100 Frauen in der Halle des Stadthauses ein kurzes Happening veranstalteten, um, so eine Betroffene, die Stadträte zu erinnern, dass es mit der Schliessung des Kanzleis keinen Raum mehr für Frauen gebe. Dass, «weil wir noch vorhanden sind», Frauen dringend Räume brauchen – nicht bloss für die Unterbringung verschiedenster Frauenprojekte, auch, um einen Ort zu haben, wo Frauen unter sich sein können.

Die kurze Aktion verlief, wie schon eineinhalb Wochen zuvor im Opernhaus, friedlich: Spruchbänder machten auf ihre Situation aufmerksam, zu Musik zeigten sie Übungen, die frau in den Wendo-Selbstverteidigungskursen lernt – Kurse, die meist hoffnungslos ausgebucht sind und bis anhin im Kanzleizentrum durchgeführt wurden. (bb.)

**15.1.92** Die Drogendelegation ist wieder einmal im Quartier unterwegs. Bei einer Informationsveranstaltung in Zürich-Unterstrass zur neueröffneten Notschlafstelle an der Hirschwiesenstrasse werden sie ausgebuht, die städtische Drogenpolitik massiv kritisiert. Die Mehrheit der anwesenden Quartierbevölkerung befürchtet eine Nebendrogenszene im Irchelpark. Den eigentlichen Schwerpunkt des Abends bilden aber die Voten von quartierfremden Gruppierungen. Eine Gruppe setzt sich vehement für die faschistoide Zwangsentzugsorganisation «Le Patriarch» ein, und forderte für diese Kostengutsprachen von der Stadt für das Durchführen der Entzüge. Anwesend waren auch die VertreterInnen des Vereins zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (VPM), Lieblinge, die dem Zürcher Stadtrat die Unterstützung des Drogenhandels vorwerfen, Ueberlebenshilfe und Aidsprävention für DrogenkonsumentInnen ablehnen und ebenfalls den Zwangsentzug propagieren.

**20.1.92** Seit dem 13.1. sind offiziell auswärtige DrogenkonsumentInnen nicht mehr zu den Notschlafstellen und dem Arbeitsintegrationsprogramm Job-Bus zugelassen. Ihnen stehen

nur noch die Uebergangshilfestelle an der Saumstrasse und die Notschlafstelle an der Hirschwiesenstrasse offen. Doch die SozialarbeiterInnen verschiedener privater wie städtischer Drogenhilfeinstitutionen verweigern die befohlene Ausweiskontrolle und machen keinen Unterschied zwischen städtischen und auswärtigen DrogenkonsumentInnen. Jetzt suchen die Vorgesetzten im Sozialamt faule Kompromisse. Im Rahmen eines modifizierten Verfahrens soll künftig die Verwaltung und nicht mehr der/die SozialarbeiterIn an der Tür der Notschlafstelle die Kontrolle durchführen...Die Obdachlosen sollen jetzt also die Reservation für die nächste Nacht tagsüber bei einer Verwaltungsstelle mit Ausweis anmelden, und am Abend hat das Personal der Notschlafstelle nur noch die Reservation zu bestätigen.

Diejenigen SozialarbeiterInnen die diese Augenwischerei nicht akzeptieren müssen ab dem morgigen Tag mit der Kündigung rechnen. Heinz Jacobi (Gewerkschaftssekretär VPOD Zürich städtische) bezeichnet das neue Modell als «Entgegenkommen der Verwaltung», das in Verhandlungen erreicht worden sei. Nach den Angaben der Presse kündigen 15 der 45 betroffenen städtischen SozialarbeiterInnen unter den gegebenen Umständen. Eine Lüge, denn in Wahrheit kündigen fast die Hälfte der Angestellten der Notschlafstellen und des Job-Busses.

**22.1.92** Der Gemeinderat streicht auf Antrag von Hannes Lindenmeyer den Kredit von einer Million Franken im Budget 92 für die Anschaffung der vorgesehenen definitiven Gitter für die Shop-Ville-zugänge. Es bleiben also die jetzt installierten Provisorien. Der Antrag wurde mit 60 zu einer Stimme angenommen. Der einzige (ausgelachte) Neinsager: Werner Stoller (SVP).

Gleichzeitig wird von ca. 50 Leuten die Fassade des Rathauses unbehelligt eingefärbt. Die Aktion wurde nicht clandestin organisiert, sondern öffentlich angekündigt. Rote Farbe gegen sozialdemokratische Ordnungspolitik. An der Wand bleibt der Spruch, «Treten hinterlässt Spuren», zurück.

**23.1.92** Eine erste Outdoordisco aus Protest gegen die Kanzleischliessung und das allgemein harte politische Klima in der Stadt, findet bei coolen minus 15 Grad statt. Auf dem Helvetiaplatz tanzen wenige und frieren viele. Die Polizei taucht uniformiert nicht auf der Tanzfläche auf.

Der träge Fluss der Verhandlungen wurde an der Abendsitzung noch durch äussere Umstände verlängert: Die Ratspräsidentin, die die Debatten mit grosser Gelassenheit und überlegener Ruhe führt, teilte mit, dass wegen einer *Demonstration* das Rathaus nicht verlassen werden könne. Sie zwang den Rat kurzerhand, mit dem Nachtesen zuzuwarten, und mit knurrenden Bäuchen mussten die Kontrahenten weiterdiskutieren. Der Stadtrat, dem derzeit nichts mehr zu gelingen scheint, konnte einmal mehr nichts dagegen tun, dass die parlamentarische Debatte durch ein paar randalierende Vertreter des immer gleichen omnipräsenten Protestpotentials beeinträchtigt wurde. Zwar wusste die Polizei sehr wohl, dass vor einigen Tagen im besetzten Wohlroth-Areal eine «Vollversammlung» den Mittwoch abend zum Zeitpunkt einer weiteren Kundgebung des generellen Unwillens bestimmte. Es gelang ihr aber nicht, zu verhindern, dass – zum wievielten Mal schon? – das Rathaus zum Objekt von Schmierereien wurde, dass Knallkörper detonierten und die Stufen des Hauses mit literweise ausgegossener Farbe unpassierbar gemacht wurden. So kletterten dann neben vielen anderen Stadtpräsident Estermann und Stadtrat Neukomm, von Polizisten an den Händen gehalten, über ein mit klebrig-glitschiger Farbe verschmiertes Brett, das die Rathausstreppe überbrückte. Jetzt waren hilfreiche Polizisten da.

Das Bild des verschmierten Rathausportals hätte eine gute Illustration abgegeben für die derzeitige Ratlosigkeit des Stadtrates. Nicht nur bei den Finanzen ist derzeit in Zürich einiges nicht mehr in Ordnung.

Let's dance tonight  
on the



S

## Zweiter Spritzenautomat

Der stadtärztliche Dienst installiert einen zweiten Spritzenautomat in der Innenstadt. Der Standort des neuen Automaten befindet sich bei der Bushaltestelle der Linie 46, am linksufrigen Ende der Bahnhofbrücke. Das Angebot ist nach Mitteilung des Gesundheits- und Wirtschaftsamt Bestandteil der Aids-Prävention im Rahmen der laufenden Massnahmen zur Dezentralisierung der Drogenszene. Im Gegensatz zum bereits installierten Modell auf dem Platzspitz funktioniert der neue Automat rein mechanisch, also ohne Strom. Pro eingeworfene Spritze spuckt der Automat gratis eine neue aus. Das Schweizer Produkt hat eine Sammel- und Ausgabekapazität von 1000 Spritzen und kostet 24 500 Franken. Der Automat wird am Freitag installiert und soll dazu beitragen, dass weniger gebrauchte Spritzen herumliegen oder mehrmals gebraucht werden. (TA)

TagesAnzeiger 23.1.92

## Rathaus-Schmiererei: FDP kritisiert Polizei

«Mit Empörung» stellt die FDP der Stadt Zürich in einem Communiqué fest, dass am Mittwochabend erneut ein «übler Vandalenakt» mit grossem Sachschaden am Zürcher Rathaus stattgefunden habe. Eine verummte Demonstrationsgruppe habe mit kübelweise angelieferter Kunstharzfarbe das Rathausportal verschmiert und den Gemeinderat am Verlassen des Gebäudes gehindert.

«Unverständlich» sei die Tatsache, dass die Polizeiorgane trotz vorgängiger Ankündigung an einer Wohlroth-Veranstaltung keine präventiven Massnahmen getroffen hätten. «Noch unverständlich» sei jedoch der Umstand, dass nach telefonischer Alarmierung fast eine halbe Stunde verstrichen sei, bis eine Einsatzgruppe der Stadtpolizei erschien. Das unschöne Bild werde noch dadurch vervollständigt, dass die Vermummten mühelos in die Altstadtgassen hätten flüchten können.

Die FDP fordert den Polizeivorstand dringend auf, «nun endlich seiner Verantwortung für den polizeilichen Ordnungsdienst nachzukommen». (TA)

TagesAnzeiger 24.1.92

## Aufsichtsbeschwerde gegen Polizeivorstand

Die Vereinigung Zürcher Bahnhofstrasse hat beim Statthalteramt «wegen Unlassung ausreichender Sicherheitsmassnahmen» bei der Demonstration vom 31. Dezember eine Aufsichtsbeschwerde gegen Polizeivorstand Robert Neukomm eingereicht. Am Rande der Demonstration gegen die Schliessung des Kanzleizentrums war es zu erheblichen Sachschädigungen gekommen.

Die Vereinigung wirft Neukomm die anwesenden Polizeikräfte hätten seine Anordnung die Randalierer meist unbehelligt gewähren lassen. In Meinung der Vereinigung hätte die Polizei problemlos und ohne unbeteiligte Personen zu gefährden eingreifen können. (S)

TagesAnzeiger 23.1.92

29.1. 92 Der "count-down" zur Platzspitzräumung läuft. An der Pressekonferenz der Drogendelegation des Zürcher Stadtrates wird als Datum für die Schliessung der 5. Februar festgesetzt.

31.1.92 Trotz Strafandrohung und Securitas nehmen sich ungefähr 150 Menschen die Kanzleiturnhalle zurück. Als sich der Securitasbeamte mit Kuchen nicht aus dem Bau locken lässt, werden kurzerhand die städti-

schon Barrikaden an der Turnhalle mit handwerklichem Geschick entfernt. Die Vorbereitungen für den Barbetrieb und Disco werden sofort gestartet, alles steht schon bereit, da fahren draussen die Kastenwagen der Polizei auf. Mit Tränengas und Gummischrot werden die verhinderten KulturveranstalterInnen vom Areal getrieben. Im Tränengasnebel, der über dem Helvetiaplatz liegt, kommt es zu kurzen Scharmützeln zwischen renitenten KanzleibenutzerInnen und der Polizei. Zwei Leute werden vorübergehend festgenommen.

Widerstand gegen Zürcher Vertreibungspolitik

## Treten hinterlässt Spuren

Im hektischen Rhythmus der Zürcher Schliessungs- und Vertreibungspolitik ist der nächste Termin gesetzt. Ab 5. Februar soll der Platzspitz auch tagsüber junkiefrei sein. Ohne Störungen liess sich dieses Programm bisher aber nicht abspulen.

Von Hans Heiri

Bei minus zwölf Grad tanzten letzte Donnerstagnacht zwei- bis dreihundert Menschen auf dem Helvetiaplatz: Disco Sauvage vis à vis vom verbarrikadierten Kanzleizentrum. Handzettel einiger scheinbar Wahnsinniger hatten zu dieser Polarisco aufgerufen. Wenige Tage vorher verklebten «Kanzlake und die 99 Luftballons» einigen Dutzend Schulhäuser die Türschlösser und forderten die «Endlagerung des Zürcher Stadtrates im Shopville» – nach dem Motto, ihr schliesst das Kanzlei, wir geben euren Kindern schulfrei. Morgens nach der ersten nächtlichen Platzspitzschliessung fehlte bei einigen Dutzend Schaufenstern in den Kreisen 1, 4 und 5 das Glas. Eine Überraschung erlebte letzte Woche auch der Gemeinderat: Zur Stunde als die Sitzung beendet werden sollte, wurden einige Kübel Farbe auf die

Treppe des Ausgangs geschüttet. Wer das Haus verlassen wollte, musste – unter Beifall und Gelächter zahlreicher aufmerksamer ZuschauerInnen – durch die Farbe waten. «Treten hinterlässt Spuren», war auf die Fassade des Stadthauses gespritzt. Ganz winterstarr und störungsfrei ist Zürich nicht.

«Mir ziend das Projekt jetzt dure», sagte Stadträtin Lieberherr über den Platzspitz in einer Radio-Sendung. «Projekt», das meint auch, man versucht jetzt wieder mal etwas: etwas Neues. Nach der nächtlichen Platzspitz-Schliessung steht ab 5. Februar die vollständige Schliessung an. Erstaunlich dabei ist vor allem das angeschlagene Tempo, bei dem einige kaum mehr mithalten können: die Aussengemeinden, die ab sofort Hilfe für die DrogengebraucherInnen anbieten müssten; die Junkies selber, die nicht mehr wissen, wo was läuft und Stoff zu kriegen ist. Hinter dem stadträtlichen Tempo zurück bleibt auch die Aids-Prävention: Gebrauchte Spritzen verkaufen sich nachts vor dem Platzspitz bereits für bis zu 20 Franken. Doch an der Räumung wird festgehalten, darüber herrscht Einigkeit. Von Polizei, Stadtrat, SVP bis SP werden dem «Projekt» bisher vor allem gute Noten erteilt.

Das Kanzlei steht derweilen still,

fachmännisch verschraubt und vernagelt da. Ausser einigen Schulklassen bewegt sich nichts mehr im Haus. Die Verbarrikadierung nach der kurzen Besetzung hat der Stadtrat durchgeführt, ohne zu wissen, was mit den leeren Räumen geschehen soll. Er ist dabei von der bisherigen Praxis abgewichen, ein besetztes Haus erst dann zu räumen, wenn die zukünftige Nutzung klar ist. Im Schulamt wird zur Zeit eine zukünftige Nutzung der Turnhalle diskutiert, die ehemaligen VeranstalterInnen, die Turnhalle-Gruppe, wurde eingeladen, dabei behilflich zu sein. Das Schulamt möchte in der Halle ab Frühling eine gemischte Nutzung stattfinden lassen, tagsüber Schulisch-Musikalisches, abends kulturelle Veranstaltungen. Auch die ehemalige Kafigruppe wurde angefragt, ob sie das Café weiterführen, also mittags für die Schulkinder kochen möchte. Sie hat abgelehnt.

Kanzlei zurück, Platzspitzgitter weg, keine Räumung von besetzten Häusern – das sind die Forderungen derjenigen, die sich gegen Zürichs Schliessungspolitik wehren. Sie treffen sich jeden Samstag in der besetzten Kulturfabrik Wohlgröth zu Vollversammlungen. Für diesen Samstag rufen sie zu einer Demonstration auf: «Wir kochen euch gar».

## Platzspitz: Schliessung steht bevor

Der Platzspitz wird seit dem 13. Januar während der Nacht geschlossen. Wie die Drogendelegation des Stadtrats – Emilie Lieberherr, Wolfgang Nigg und Robert Neukomm – bereits angekündigt hat, soll der Park noch vor dem Ende des Winters für einige Monate ganztags geschlossen werden. Das genaue Datum der Schliessung ist noch nicht festgelegt, doch ist vorgesehen, den Platzspitz um den 5. Februar herum zu schliessen, wie die städtische Informationsstelle mitteilt.

Über die Massnahmen, welche die ganztägige Schliessung begleiten, und über die Erfahrungen, die mit der Nachtschliessung des Parks gemacht wurden, wird der Stadtrat die Öffentlichkeit am kommenden Mittwoch orientieren. (TA)

TagesAnzeiger 24.1.92

WochenZeitung 31.1.92

## Tote in der Limmat identifiziert

Die am vergangenen Sonntag aus der Limmat tot geborgene junge Frau konnte identifiziert werden: Es handelt sich um eine 20jährige im Kanton Zürich wohnhafte italienische Staatsangehörige, wie die Stadtpolizei am Mittwoch mitteilte. Sie war der Polizei als Drogenkonsumentin bekannt. Die Umstände, die zum Tode geführt haben, seien noch unklar und Gegenstand der laufenden Ermittlungen, heisst es in der Mitteilung weiter. Die Identifikation wurde möglich durch ein am Dienstag in den Medien veröffentlichtes Bild der Toten. (SDA)

TagesAnzeiger 23.1.92

Februar

1.2.92 "Kesseldemonstration".

**Die Polizei reagierte erwartungsgemäss hart auf die Demo gegen die Vertreibungspolitik des Zürcher Stadtrats.**

Von Hans Heiri

Mit Brachialgewalt verhinderten die zürcherischen Ordnungskräfte am vergangenen Samstag auf den Versuch verschiedener Gruppierungen und Personen aus dem Umfeld Kanzlei, Gasse, besetzte und bedrohte Häuser, einen unbewilligten Protestmarsch durch die Innenstadt zu organisieren. Der Protest richtete sich gegen die Schliessung des Platzspitzes und gegen die Gitter am Shopville. Gefordert wurde die Rückgabe des Kanzleis, die Rückkehr des Lila Bus ins Seefeld-Quartier, Rückzug der Bau- und Abbruchbewilligung für die Häuser an der Bäckerstrasse sowie «Hände weg von bedrohten Häu-

sem». Bevor sich der Demonstrationzug auf der Pestalozziwiese formieren konnte, kreiste die Polizei ohne Vorwarnung über hundert Leute ein. Den Polizeikordon säumten wiederum ZuschauerInnen, PassantInnen, DemonstrantInnen und Zivilfahnder. Wer sich von den Einkesselten ausweisen konnte, wurde notiert und freigelassen. Gut fünfzig Leute liessen sich nicht einschüchtern, rückten zusammen und riefen Parolen. Unter Pfiffen und Buhrufen versuchte die Polizei aus dem Block der Einkesselten einzelne herauszureissen. Die angespannte Lage explodierte, als von der Bahnhofstrasse her der Polizeikordon zurückgedrängt wurde. Die Polizei zündete Tränengaspetarden, feuerte Gummigeschosse aus nächster Nähe in die Zuschauermenge. Eine gute halbe Stunde lang wurden alle eingegast und unter Beschuss genommen, die sich in der Nähe der Pestalozziwiese aufhielten. Unifor-

mierte wie zivil gekleidete Greifertrupps machten Jagd auf einzelne Personen. Leute, die bereits am Boden lagen, wurden zusammengeprügelt. 35 Leute wurden abgeführt. Ein kleiner Teil der Einkesselten nutzte die Verwirrung und floh. Eine junge Frau (15), die einem Verletzten helfen wollte, der regungslos in einer Baugrube bei der Pestalozziwiese lag, wurde gezwungen, den Mann liegen zu lassen. Sie versuchte, an der Bauabsperrung aus der Grube zu klettern. Durch einen gezielten Fusstritt eines Polizisten an die Absperrung verlor sie den Halt und stürzte in die Grube. Diagnose des Kinderspitals: Schürfwunden, Prellungen im Gesicht und Nasenbeinbruch.

Der Gummigeschoss-Einsatz hinterliess bei gut zwei Dutzend Leuten Prellungen, Himerschütterungen, teilweise gar Quetschwunden und Schwartenrisse am Kopf. Im Universitätsspital Zürich sollen nach diesem Polizeieinsatz zehn Leute ambulant behandelt worden sein. Dr. Michael Heinzlmann von der Abteilung Chirurgie Unfall wollte gegenüber der WoZ diese Zahl weder bestätigen noch dementieren. Solcherlei Informationen erhalte nur die Polizei, da sie unter das Arztgeheimnis fielen.

Der Versuch der DemonstrantInnen, sich nach dem Kesseltreiben abermals zu formieren, wurde von einer starken Polizeipräsenz verhindert.

**RÄUME STATT RÄUMUNG**

**Wir haben genug von der Schliessungs-/Räumungs-/Gitterpolitik in dieser Stadt, genug von der Hetze gegen alles, was nicht der "Normalität" entspricht. An mehreren Vollversammlungen haben wir den Beschluss gefasst, uns gegen diesen Anpassungszwang zur Wehr zu setzen. Deshalb demonstrieren wir am 1. Februar ohne den Segen der Stadt auf der Heiligen St. Bahnhofstrasse, um unseren Unmut auszudrücken.**

**Gegen die Schliessung des Kanzleizentrums !**

Mit SVP- und BLICK-Parolen im Hinterkopf haben viele Leute am 8. Dezember ihr Nein in die Urne geworfen, ohne je einen Fuss auf das Kanzleiareal gesetzt zu haben. Andere, die das Kanzleizentrum aus eigener Erfahrung kannten, durften wegen ihrer Nationalität oder wegen ihrem Alter gar nicht erst abstimmen. Der "demokratische" Entscheid ist somit über die Köpfe der QuartierbewohnerInnen hinweg gefällt worden, und wieder einmal geht ein Stück Kultur verloren, ohne dass Ersatz dafür, in Sicht ist. Vor allem Frauen und AusländerInnen werden damit eines dringend benötigten Freiraumes und Treffpunktes beraubt. Im Kanzleischulhaus wird jetzt wieder unterrichtet, doch die meisten Räume, darunter auch die gesamte Turnhalle, bleiben weiterhin unbenutzt. Nehmen wir sie uns zurück, bevor sie verschimmeln !

**Gegen die Wohnungsnot !**

Trotz rosa-grüner Mehrheit wird die Wohnungsnot in der Stadt Zürich immer verheerender. Das Beispiel der besetzten Häuser Bäckerstrasse 51 und 55 zeigt ganz klar, wie die Regierung die Interessen skrupelloser Bodenspekulanten schützt: Die Abbruch- und Baubewilligung wurde schnell und effizient erteilt, und nun sollen grosse, billige Wohnungen einem teuren Yuppie-Neubau weichen. Die Stadtregierung hat nie auch nur einen Versuch unternommen, diese Wohnraumvernichtung zu verhindern. Gleichzeitig steigen die Mieten für städtische und private Liegenschaften weiter, und für viele Leute bleibt nur noch der Wegzug in die Agglomeration, so dass der Pendlerverkehr unaufhaltsam zunimmt. Wer aber trotzdem weiterhin in dieser Stadt leben will, hat die Wahl zwischen Zwangsnormalität, sprich: regelmässiger Arbeit in irgendeinem öden Job (falls ersie überhaupt einen findet), dem Gang zum Sozialamt oder der Obdachlosigkeit. Zudem sind die gängigen anonymen Häuserblöcke mit ihren Zwergwohnungen ein idealer Nährboden für Vereinsamung und den Zwang zur normierten Kleinfamilie. Eine konkrete Antwort auf diese Profitlogik ist es, Häuser zu besetzen, um selbstbestimmt in offenen Gruppen leben zu können.

**Gegen die repressive Drogenpolitik !**

Gitter und Abschränkungen beherrschen seit einiger Zeit das Bild dieser Stadt. Die Sinnlosigkeit der Drogenprohibition und die Brutalität der schon seit langem praktizierten Ausgrenzung "randständiger" Menschen wird damit für jedermann sicht- und erlebbar. Die braunen Ausweise, die zur Benützung von städtischen Fürsorgeeinrichtungen (Notschlafstellen, Jobbus etc.) berechtigen, dienen zur Registrierung und Kontrolle derjenigen Menschen, die nicht in diese konsumorientierte Gesellschaft integriert sind. So wird eine "Randgruppe" in kleine Grüppchen aufgeteilt, um dann dezentralisiert, ghettoisiert, eingebunkert und als Manövriermasse für politische Machtkämpfe missbraucht werden zu können. Die Verweigerung der Ausweiskontrolle durch die städtischen SozialarbeiterInnen und die Haltung der Frauen des Lila Bus-Teams, welche bei der Liquidierung ihres Arbeitsplatzes nicht mitspielen wollen, sind Ausdruck des zunehmenden Widerstandes gegen die repressive Drogen- und Sozialpolitik. In diesem Zusammenhang stehen auch die Ereignisse vom 6. Januar, als zahlreiche Leute versuchten, die Schliessung von Shop-Ville und Platzspitz zu verhindern. Setzen wir uns alle gegen jegliche Ausgrenzung zur Wehr !

**Wir fordern:**

- Rückgabe des gesamten Kanzleiareals
- Keine Räumung von besetzten Häusern und Fabriken
- Rückzug der Abbruch- und Baubewilligung für die Häuser Bäckerstrasse 51 und 55 durch den Stadtrat
- Genereller Bau- und Abbruchstopp
- Weg mit allen Gittern, Toren und Abschränkungen
- Weg mit den braunen Pässen und allen anderen Kontrollinstrumenten
- Lila Bus zurück ins Seefeld

**Kanzlei-VV: jeden Samstag 14.00 in der AKW Wolgroth**

★ **DEMO** ★

**Sa, 1.2. 13.00 Pestalozziwiese (Globus)**

**WIR MACHEN JETZT DRUCK !**

# WO SOLL OM

# DAS ALLES

# ENDEN ?

## WO SOLL DAS ALLES ENDEN ?



War das bereits das Ende, bevor alles richtig angefangen hat?

Der Stadtrat, bzw. die Bullen als seine Handlanger, hat uns am 1. Februar auf der Pestalozziewiese den Tarif bekanntgegeben. Die scheinheilige Maske mit dem scheiss-alles vorging, das sich bewegte, hat uns endgültig die hässliche Fratze dieser Stadt und ihrer rosa-grünen Regierung gezeigt! Sie setzen alles daran, uns niederzuknüppeln, wegzuräumen und dann in irgendwelchen Betonsilos in der Agglomeration zu versorgen. Das Roll-Back setzt ein, die in den letzten 10 Jahren er-kämpften Räume und Einrichtungen werden nach und nach zum Verschwinden gebracht. The Times they are a' changing!!

Lange nannten wir es hin. Doch in letzter Zeit machte sich endlich Widerstand und Wut bemerkbar. "Zurückschlagen", "Wir machen Druck", waren die Parolen. Es gab denn auch Ansätze, wie die starke Grossdemo am Sylvester oder die vielen Aktionen und Aktionchen im Januar, die Mut machten und hoffen liessen. Und jetzt am 1. Februar dies! Zuerst werden wir ohne allzu grosse Gegenwehr militärisch platt gemacht und danach hauen wir uns in der VV in der Wohlgroth gegenseitig die Köpfe ein. Die, welche sich militant wehrten hatten, werden als "Blinde", die nur ihre "Selbstbefriedigung" suchen, hingestellt. Anderen, die Bedenken an der Gewaltspirale anmelden, wird ein möglichst hoher Sachschaden als das einzig Wahre entgegengehalten. Wir befinden uns verdammt nochmal nicht in einer Position, in der wir uns diesen Kleinkrieg leisten können! Wir bringen uns selber genau in die Situation, in der uns die Schweire haben wollen. Im Moment braucht es alle Arten von Widerstand!

"Räume statt Räumung" war das Motto der Sylvester-Demo. Füllen wir die Freiräume, die wir noch haben mit Leben, nehmen wir uns die Räume, die wir brauchen (zurück), verhindern wir jegliche Räumungen. Denn es weht ein eisiger Wind durch diese Stadt: Der Platzspitz ist definitiv zu, bitter überall. Wohlgroth und Bäckli stehen oben auf der Räumungsliste, andere Häuser werden in absehbarer Zeit folgen, die Überwachung und Bullenpräsenz nimmt ständig zu. Bei der nächsten Demo werden sie sicher nicht netter sein (Bullensprecher Kistler in der NZZ: "Auch in Zukunft wird die Polizei in gleicher Art gegen Militante bei ähnlichen Demonstrationen vor-gehen."). Es gilt, sich darauf einzustellen. Halten wir den Druck aufrecht! Wir haben schon zuviel verloren!!



KEINE RAEUMUNGEN MEHR!!  
BRINGEN WIR LEBEN IN DIESE STADT!!  
WIDERSTAND MIT PHANTASIE!!



Beteiligt Euch massenhaft an Aktionen und Demos!  
Kommt an die Stadt-VV's (jeden Samstag, 14:00, Wohlgroth)!

**2.2.92** Um die 80 Frauen besuchen das Hotel Stoller am Albisriederplatz und lassen sich im Restaurant nieder. Für weitere Gäste fehlt leider der Platz. Herr Stoller, der Halbbruder des Hotelbesitzers, war einer der erbittertesten Gegner des Kanzleizentrums und führte den "Kampf gegen das Kanzlei" mit totaler persönlichem Engagement. Seine Lügen und missverständlichen Halbwahrheiten, die er aus sicherer Entfernung, insbesondere in politisch rechts orientierten Medien, gegen die BenützerInnen des Kanzleis verbreitete, waren bekannt für ihre Absurdität. Seine Sprüche werden aber von seiner Partei der SVP mitgetragen und finden in weiteren, v.a. noch extrem rechteren Kreisen ein gutes Echo, nicht nur beim Thema Kanzlei. Doch jetzt ist Schluss mit dem Sicherheitsabstand. Die "Geister", die Stoller rief, rücken ihm auf den Pelz. Später verlassen die ehemaligen Benützerinnen des Kanzleis, ohne Konsumation und ohne von der Polizei kontrolliert zu werden, den Spunten.

**3./4.2.92** Die Fassade des Rathauses kriegt schon wieder einem neuen Anstrich! Grossflächig rot. Sachschaden 12000 Franken. Unsachgemässe Politik bringt sachbezogenen Sachschaden.

**3.2.92** Gegen 9 der 35 verhafteten DemonstrantInnen der vergangenen "Kesseldemonstration" wird eine Strafuntersuchung eingeleitet. Von den Verhafteten befindet sich nun niemand mehr in Untersuchungshaft. Die Demonstration aus Protest gegen die Schliessung des Kanzleis und die unmittelbar bevorstehende Schliessung des Platzspitzes führte zur Sachbeschädigung von 8 zerbrochenen Scheiben und vier Personenautos. Der Polizeieinsatz, der äusserst massiv und brutal war, hatte verschiedene Verletzungen bei TeilnehmerInnen wie bei unbeteiligten PassantInnen zur Folge.